

Paul Reusch, der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, zählte in der Weimarer Republik zu den politisch aktivsten „Ruhrmagnaten“. Nach 1933 verlor er rasch an Einfluss, wie Peter Langer am Beispiel der zum Imperium der GHH gehörenden größten süddeutschen Zeitung zu zeigen vermag, die binnen weniger Monate auf Linie gebracht wurde. Reusch fügte sich den neuen Machthabern und tat so gut wie nichts, um das Führungspersonal der Zeitung vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen oder ihm wenigstens eine neue berufliche Perspektive zu eröffnen.

Peter Langer

Paul Reusch und die Gleichschaltung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ 1933

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ (MNN) waren Anfang der dreißiger Jahre eine der führenden deutschen Tageszeitungen, von der Auflage her die größte in Süddeutschland. Der Verlag Knorr & Hirth, in dem sie erschienen, befand sich mehrheitlich im Besitz der Gutehoffnungshütte (GHH). Die politische Grundrichtung der MNN lässt sich als konservativ, aber demokratisch und bayerisch-föderalistisch umschreiben. Seit dem Aufkommen der NSDAP stand sie im Dauerkonflikt mit dem „Völkischen Beobachter“. Von der demokratischen Linie ließ sich die Redaktion auch nicht abbringen, als ihr Paul Reusch, der langjährige Vorstandsvorsitzende des GHH-Konzerns, nach einer persönlichen Absprache mit Hitler im Frühjahr 1932 eine Art Burgfrieden mit der NSDAP aufzwingen wollte. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht überraschen, dass die neuen Machthaber 1933 alles daran setzten, die lästigen Kritiker in der Redaktion der MNN auszuschalten. Die Gleichschaltung der MNN, vor allem die rüden Methoden diverser NS-Größen bei diesem Vorgang, zwangen Reusch frühzeitig gegenüber dem neuen Regime Stellung zu beziehen.

Das Drama um die „Münchener Neuesten Nachrichten“ lässt sich aus Reuschs Nachlass bis ins Detail rekonstruieren. Ausgewertet wurde vor allem die sehr umfangreiche Korrespondenz von Paul Reusch mit seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Karl Haniel, mit den engsten Mitarbeitern im GHH-Konzern bzw. in den Tochterfirmen und dem im März von Hitler entlassenen Reichsbankpräsidenten Hans Luther. Die vergleichsweise spärliche Korrespondenz mit dem Münchener Polizeichef Heinrich Himmler und später mit Hitlers Wirtschaftsberater in der Reichskanzlei Wilhelm Keppler enthält wichtige Einzeldokumente, lässt aber nur sehr indirekt Rückschlüsse zu auf die jeweilige Motivation von Paul Reusch. Für die Jahre 1933/34 sind die Quellen in Reuschs Nachlass politisch noch sehr ergiebig, unter den Bedingungen der Zensur in den späteren Jahren dominieren jedoch, wie nicht anders zu erwarten, politisch unproblematische bzw. rein private Themen.

VfZ 2/2005 © Oldenbourg 2005

Es kann heute als unsrittig gelten, dass erhebliche Teile des deutschen Bürgertums, nach einer kurzen Phase skeptischer Zurückhaltung, bei der Konsolidierung der NS-Diktatur mitarbeiteten. „Alle liberalen Freiheitsrechte wurden verraten, die demokratischen Gleichheitsrechte durch Parteiloyalität ersetzt. Die Kooperation mit dem Regime wurde nicht nur bereitwillig übernommen, sondern ihm sogar beflissen angetragen. Ob Unternehmer oder Manager, ob Arzt, Anwalt oder Ingenieur, Professor oder Lehrer – fast alle fanden sich zur Mitarbeit bereit.“¹ Im voluminösen vierten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ formuliert Hans-Ulrich Wehler an vielen Stellen dieses Verdikt noch härter.² Ausgehend von diesem Gesamtbild kann ein biographischer Zugriff „einige Schlüssel“ für Reuschs „Denken und [...] Engagement in Politik und Wirtschaft“³ liefern, um so Wehlers Urteil zu erhärten und zu vertiefen, vielleicht bei einzelnen Aspekten auch zu differenzieren.

Bei einer hochrangig besetzten Fachtagung über „Unternehmen im Nationalsozialismus“ im alten Verwaltungsgebäude des ehemaligen IG-Farben-Konzerns wurde in vielen Beiträgen auf die Notwendigkeit von Einzelfallstudien zu bestimmten Firmen und Unternehmern hingewiesen.⁴ Während des ganzen Symposiums (20. und 21. Juni 1997) war die Frage nach der Verantwortung der Unternehmer präsent. Hans Mommsens Plädoyer, „nicht zu sehr von Schuld und Verantwortung zu reden“⁵, wirkt vor diesem Hintergrund merkwürdig abgehoben. Seine Empfehlung, auf den Begriff „Unternehmer“ zu verzichten und stattdessen vom „Management“ zu sprechen⁶, ist für biographische Studien wenig hilfreich. Zudem enthalten Mommsens eigene Ausführungen über den VW-Konzern implizit eindeutige Wertungen z. B. über die Verstrickung von Ferdinand Porsche in die Aufrüstungspolitik des NS-Regimes⁷. Explizite Wertungen über das Verhalten von Paul Reusch erscheinen mir deshalb nicht nur als legitim, sie sind unvermeidlich.

Ein Gesamtbild der Persönlichkeit und Mentalität des Unternehmers Paul Reusch kann selbstverständlich erst entstehen, wenn sein Verhalten auch in anderen Konflikten mit der NS-Regierung in die Darstellung einbezogen wird. Zwar würde eine umfassende, bis ins Detail auf Quellen gestützte Darstellung seines Handelns den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, einige Entscheidungen bei der

¹ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche?*, Bochum 2001, S. 10.

² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 636–637, S. 696 u. S. 718–724.

³ Volker R. Bergahn, Otto A. Friedrich: *Politischer Unternehmer aus der Gummiindustrie und das Amerikanische Modell*, in: Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hrsg.), *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, München 1999, S. 194.

⁴ Vgl. Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.), *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München 1998.

⁵ Hans Mommsen, Podiumsdiskussion, in: *Ebenda*, S. 126.

⁶ *Ebenda*.

⁷ Vgl. Hans Mommsen, *Erfahrungen mit der Geschichte der Volkswagenwerk GmbH im Dritten Reich*, in: Gall/Pohl (Hrsg.), *Unternehmen*, S. 50.

Lenkung des GHH-Konzerns bzw. in der Verbandspolitik müssen aber kurz skizziert werden, weil dadurch Reuschs Agieren in der Affäre um die MNN eher verständlich wird.

Das NS-Regime war anfangs durchaus geneigt, auf Wünsche und Interessen der Industrie Rücksicht zu nehmen; Hitler lag viel an der Unterstützung der Unternehmer für seine Wirtschaftspolitik. Wenn es selbst in späteren Phasen etwa über die Defizit-finanzierte Arbeitsbeschaffung oder über Tempo und Ausgestaltung der Aufrüstung noch offene Konflikte gab, so ist die Vermutung zulässig, dass vor der endgültigen Konsolidierung der Diktatur für einen Großunternehmer wie Reusch noch andere Möglichkeiten als die vollständige Unterwerfung offen standen⁸. Diese Handlungsspielräume auszuleuchten, ist Hauptziel der vorliegenden Arbeit.

Wehler wirft dem Bürgertum, ausdrücklich diesen „Pauschalbegriff“ verwendend, einen „Totalverrat an der Zielutopie der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘“ vor. Er lastet den Unternehmern als Teil dieses Bürgertums ihre „achseltuckende Gleichgültigkeit“ an, mit der sie die Ausschaltung der Juden akzeptierten, die „abstoßende Apathie“, mit der der Terror gegen Sozialdemokraten, Liberale und Demokraten hingenommen wurde. Die Hinnahme dieser Vorgänge – so Wehler – war „symptomatisch für die Zuschauerrolle bei der Destruktion des Rechtsstaates. Ihre Duldung bedeutete, bei diesem Zerstörungswerk aktiv mitzuwirken.“⁹ Ausgehend von dieser harschen Kritik ist zu fragen, was Reusch über den Terror wusste und wie er mit den Opfern der NS-Maßnahmen in seinem unmittelbaren Umfeld umging.

Der wichtigste Teilaspekt dieser Frage ist das Schicksal der Juden: Erkannte Reusch die Gefahr für die jüdischen Mitbürger im Allgemeinen und für seine jüdischen Untergebenen im Besonderen? Setzte er sich für die jüdischen Verfolgten gezielt ein? Paul Reusch legte immer größten Wert darauf, seine Zeitgenossen nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten zu messen¹⁰. Es ist also ganz im Sinne unseres Protagonisten, wenn zunächst ausführlich über seine „Taten“ berichtet wird.

Prolog zur Gleichschaltung der „Münchener Neuesten Nachrichten“

Neben dem nationalistischen „Pressezaren“ Alfred Hugenberg hatten sich in den zwanziger Jahren auch andere Industrielle bei Zeitungsverlagen finanziell engagiert. Die Familie Haniel, Hauptanteilseigner der Gutehoffnungshütte, hatte schon 1920 Anteile am Münchener Zeitungsverlag Knorr & Hirth gekauft, deren wichtigstes Organ die „Münchener Neuesten Nachrichten“ waren. Mitte der zwan-

⁸ Vgl. Richard J. Overy, *War and economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 2–10 u. S. 131 f.; zur Frage denkbarer Alternativen vgl. auch Henry A. Turner, Jr., *Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933*, München 1996, S. 228 f., und Richard J. Evans, *The Coming of the Third Reich*, London 2003, S. 443; Evans bezieht sich ausdrücklich auf „fascinating speculations“, in: Turner, *Hitlers Weg zur Macht*, S. 533.

⁹ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV, S. 719 u. S. 718 f.

¹⁰ Reusch an Kötter, 9. 2. 1933, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (künftig: RWWA), 130-4001012007/16.

ziger Jahre hatte Hugenberg, der auch an Knorr & Hirth beteiligt war, versucht, die MNN seinem Konzern einzuverleiben. In einem jahrelangen, auch vor Gericht ausgetragenen Konflikt gelang es der GHH jedoch, Hugenbergs Zugriff abzuwehren. In einer vom Bergbauverein vermittelten Einigung kaufte die GHH 1928 Hugenbergs Anteile am Verlag Knorr & Hirth; nach einer 1930 notwendig gewordenen Kapitalerhöhung verfügte die GHH über 52,52 Prozent der Anteile des Verlages. Sie hatte für den Erwerb insgesamt 4657875 Reichsmark investieren müssen¹¹.

Die politische Linie des Blattes entsprach in der Weimarer Republik weitgehend den Vorstellungen von Paul Reusch. Die MNN waren in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik konservativ, standen entschieden gegen SPD und Gewerkschaften, vertraten gegenüber der Großlandwirtschaft eine konsequent industriefreundliche Richtung und betonten in der Außenpolitik die nationalen Interessen Deutschlands ganz im Sinne der rechtsbürgerlichen Parteien¹². Trotzdem war Paul Reusch in der Ära Brüning zunehmend unzufrieden mit der Richtung der Redaktion. Dies galt vor allem für den Berliner Korrespondenten Otto von Heydebreck¹³.

Die von Reusch deshalb 1932 neu formulierten politischen Richtlinien lösten einen monatelangen Konflikt mit der Redaktion, zum Teil auch mit der Verlagsleitung aus. Die Redaktion setzte sich vor allem deshalb so verbissen zur Wehr, weil Reusch nach seinem persönlichen Arrangement mit Hitler gleichzeitig verlangte, in der täglichen Berichterstattung die Angriffe auf den „Völkischen Beobachter“ und einzelne NS-Politiker einzustellen. Als im Sommer 1932 klar wurde, dass sich Reusch nicht durchsetzen konnte, zog er sich verärgert aus den Presseangelegenheiten zurück¹⁴. Nach Hitlers „Machtergreifung“ kündigte er sogar sein Abonnement der MNN. Er begründete diesen Schritt ausdrücklich mit der Abneigung gegen die politischen und „weltanschaulichen Auffassungen“¹⁵ des Blattes.

Eine andere vom GHH-Konzern kontrollierte Zeitung, der Nürnberger „Fränkische Kurier“, erntete im Gegensatz dazu verhaltenes Lob für die offene Unterstützung der Hitler-Regierung: „Was die Haltung der Zeitung im Wahlkampf betrifft,

¹¹ Einzelheiten bei Paul Hoser, *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung*, Teil 2, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 862–873. Zum Erwerb der Verlagsanteile durch die GHH vgl. auch Kurt Koszyk, *Deutsche Presse 1914–1945*, Berlin 1972, S. 183 ff.

¹² Vgl. die detaillierte inhaltliche Analyse bei Hoser, *Münchner Tagespresse*, S. 733–794; die politische Ausrichtung der MNN wird hier systematisch mit der zum Hugenberg-Konzern gehörenden „München-Augsburger Abendzeitung“ verglichen.

¹³ „Der Hauptverbrecher sitzt in Berlin.“ Zu dieser verbalen Entgleisung ließ er sich als Antwort auf Oswald Spenglers Kritik an den MNN intern hinreißen. Reusch an Spengler, 20. 10. 1931, in: RWWA, 130-400101290/109.

¹⁴ Vgl. Kurt Koszyk, Paul Reusch und die „Münchner Neuesten Nachrichten“. Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 20 (1972), S. 75–103; jetzt in: Kurt Koszyk, *Publizistik und politische Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten*, Münster 1999, S. 250–293.

¹⁵ Reusch an Betz, 10. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7, und Reusch an Haniel, 10. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

so bin ich selbstverständlich damit einverstanden, dass Sie für die gegenwärtige Regierung eintreten, ohne mit ihr durch dick und dünn zu gehen. Die Regierung muss erst beweisen, was sie kann! Es kann nicht schaden, wenn ihr gesagt wird, dass unsere Haltung ihr gegenüber von ihren Taten und nicht von ihren Worten abhängig sein wird. Also: Wohlwollen, aber nicht gar zu viel Begeisterung!“¹⁶ schrieb er am 9. Februar 1933 an Dr. Rudolf Kötter, Hauptschriftleiter des „Fränkischen Kurier“. Nirgends findet sich in Reuschs Korrespondenz eine derart positive Äußerung über eine der Vorgängerregierungen in der Weimarer Republik. Reuschs generelle Skepsis, ja Verachtung gegenüber Politikern schien gegenüber Hitlers „nationaler Regierung“ weniger ausgeprägt.

Reusch kümmerte sich in den dramatischen Februartagen nach Hitlers Ernennung nicht um die politischen Vorgänge in Berlin. In fast schon demonstrativer Manier wickelte er seine geschäftlichen und gesellschaftlichen Termine in Süddeutschland ab und fuhr direkt nach der Sitzung des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel am 14. Februar 1933 nach Sils Maria im Schweizer Engadin zu seinem alljährlichen Winterurlaub. An der Besprechung Hitlers mit Deutschlands führenden Industriellen am 20. Februar, zu der er eine förmliche Einladung erhalten hatte, nahm Reusch nicht teil. Die Besprechung in Görings Amtssitz endete damit, dass der gleichfalls anwesende ehemalige und künftige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hohe Beträge als Wahlkampfunterstützung für die NSDAP einsammelte¹⁷. Bergassessor Hermann Kellermann, der Reusch in Oberhausen vertrat, informierte diesen über das Treffen und bat dann noch in einem recht optimistischen Bericht über die wirtschaftliche Lage des GHH-Konzerns um das Einverständnis, die am 20. Februar bei Göring zugesagte Wahlkampfspende überweisen zu können. „Nach Lage der Dinge werden wir ja wohl mitmachen müssen.“¹⁸ Kaum ein Satz charakterisiert treffender die Einstellung, die für die Geschäftspolitik des GHH-Konzerns unter dem NS-Regime bestimmend wurde.

Während Reusch die Ereignisse bis Anfang März aus der Ferne beobachtete, kritisierten die Redakteure einige der ersten Maßnahmen der Hitler-Regierung in den Spalten der MNN, standen dabei aber keineswegs in Fundamentalopposition. So wünschte der Ressortleiter für Innenpolitik Erwein Freiherr von Aretin der neuen Regierung am 31. Januar Erfolg, dann werde „kein Deutscher dem neuen Kabinett den Dank verweigern“¹⁹. Alte Vorbehalte müssten jetzt zurückge-

¹⁶ Reusch an Kötter, 9. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/16.

¹⁷ Zur Einladung und Absage vgl. Büro Reusch an Göring, 17. 2. 1933, in: RWWA, 130-400101293/12. Zum Verlauf dieser Besprechung vgl. Bericht von Blank an Reusch, 21. 2. 1933, veröffentlicht bei Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482, hier S. 477–480. In der Literatur siehe vor allem Henry A. Turner, Jr., Die Großunternehmen und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 392–396. Zu den Vorgängen im Reichsverband der Deutschen Industrie vgl. auch Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: VfZ 28 (1980), S. 94–110.

¹⁸ Kellermann an Reusch, 24. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012003/15.

¹⁹ MNN vom 31. 1. 1933, auch zit. bei Ian Kershaw, Hitler 1989–1936, Stuttgart 1998, S. 549.

stellt werden; Aretin gab „der Hoffnung Ausdruck, dass diese Wendung von Dauer sei, und dass die Größe der Aufgabe die neuen Männer herausrisse aus der Enge und der Dumpfheit der Parteien in eine Welt, in der es nur mehr Deutsche gibt und ihre Feinde.“²⁰

Nationale Bekenntnisse dieser Art konnten nicht verhindern, dass Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 18. Februar 1933 wegen einer Lappalie ein mehrtägiges Erscheinungsverbot gegen die MNN verhängte, wogegen die bayerische Staatsregierung jedoch erfolgreich das Reichsgericht anrief²¹. Noch ließen sich die Redakteure der MNN nicht einschüchtern: Einen Tag nach Fricks Erlass erschien auf der Titelseite der Wochenendausgabe ein Leitartikel des Chefredakteurs Fritz Büchner unter der Überschrift „Das System“. Er warf den neuen Machthabern vor, dass sie das alte „Parteibuch-Beamtentum“, die „Futterkrippenwirtschaft“ der Sozialdemokraten, nicht abgeschafft hätten, sondern ganz schamlos zu ihrem eigenen Nutzen weiter praktizierten²².

Was waren dies für Persönlichkeiten, die nach Hitlers Machtantritt so deutlich Flagge zeigten? An erster Stelle ist Professor Paul Cossmann zu nennen, seit dem Erwerb der Anteilsmehrheit durch die GHH „Treuhand von Haniel und Reusch“²³ im Verlag Knorr & Hirth und aufgrund dieser Position „geistiger Leiter“²⁴ in der Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten“. In der Öffentlichkeit trat er jedoch wenig in Erscheinung; eigene Zeitungsartikel verfasste er nicht. Cossmann war jüdischer Abstammung, noch vor dem Ersten Weltkrieg konvertierte er zum Katholizismus. Die Verbindung zu Oswald Spengler brachte den glühenden deutschen Nationalisten in Kontakt zu Paul Reusch. Hatte er Anfang der zwanziger Jahre noch einen eher freundlichen Kurs der MNN gegenüber den Nationalsozialisten durchgesetzt, so stärkte er 1932 der Redaktion den Rücken gegen Reuschs Absicht eines Burgfriedens mit der NSDAP²⁵.

Neben Cossmann genossen Anton Betz als Verlagsdirektor von Knorr & Hirth sowie der Chefredakteur der MNN Fritz Büchner ursprünglich das volle Vertrauen der Anteilseigner. Betz war der Nachfolger von Otto Pflaum, der 1930 verstorben war. Der ehemalige Verlagsdirektor war ebenso wie Cossmann und weitere Redakteure Ziel übler antisemitischer Hetze in der rechtsradikalen Presse geworden²⁶. Betz wurde von den Anteilseignern 1930 mit dem Auftrag eingesetzt,

²⁰ MNN vom 31. 1. 1933, auch zit. bei Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 12. Karl Otmar Freiherr v. Aretin, der Sohn des MNN-Redakteurs, weist in einem Schreiben an den Verfasser (vom 9. 7. 2004) darauf hin, dass dieses Zitat nicht den fundamentalen Gegensatz der Überzeugungen zwischen den MNN-Redakteuren und den Nationalsozialisten verwischen dürfe. Diese seien von der „kriminellen Seite der NSDAP, die in München größer war“ als andernorts, überzeugt gewesen.

²¹ Vgl. Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, S. 38 f., Anm. 21.

²² MNN vom 19. 2. 1933.

²³ Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 178.

²⁴ Ebenda, S. 190.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 179; Hoser, *Münchner Tagespresse*, Anhang II, S. 1095.

²⁶ Vgl. Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 188 f.

den Verlag durch rigorose Sparmaßnahmen zu sanieren, nachdem sich die mit dem Erwerb der Anteile Hugenberg verknüpften Finanzierungspläne nach Ausbruch der Krise als zu optimistisch erwiesen hatten. Erhebliche Kostensenkungen konnten jedoch die in der Wirtschaftskrise steigenden Verluste nicht ausgleichen. Betz wehrte sich gegen allzu drastische Einschnitte z. B. beim Werbe-Etat, da dies den Lebensnerv der Zeitung, die Auflage, gefährdet hätte, und geriet dadurch in Konflikt mit Reusch, der wenig Verständnis aufbrachte für die Bedingungen, unter denen ein Zeitungsverlag operieren musste²⁷. Im März 1933, als Redaktion und Verlag sich gegen den wachsenden Druck der neuen Machthaber zur Wehr setzen mussten, bekräftigte Reusch gegenüber dem Verlagsdirektor seine „Beanstandungen“, verlangte zusätzliche Kostensenkungen und erhöhte damit auch den wirtschaftlichen Druck²⁸.

Schwer einzuordnen ist die Rolle des Freiherrn Franz von Gebstättel, der als Direktor der Süddeutschen Verlagsgesellschaft, einer hundertprozentigen GHH-Tochter, neben Cossmann und Betz ebenfalls die Kapitalinteressen beim Verlag Knorr & Hirth vertrat und 1933 als engste Vertrauensperson²⁹ Paul Reusch über die Vorgänge in München auf dem Laufenden hielt. Gebstättel geriet in einen schweren Interessenkonflikt, als im März 1933 Karl Haniel, der Aufsichtsratsvorsitzende der GHH, in München auftauchte und sich in das Geschehen einschaltete.

Für die Öffentlichkeit prägte Fritz Büchner die politische Linie der Zeitung. Fast täglich erschienen von ihm persönlich unterzeichnete Leitartikel in den MNN. Der mit dem Ritterkreuz (Hohenzollernorden) dekorierte Weltkriegsoffizier und Baltikumskämpfer stand hoch in der Gunst von Paul Reusch. Noch zum Jahreswechsel hatte er ihn, ausdrücklich im Gegensatz zu einigen seiner Mitarbeiter, seiner Wertschätzung versichert³⁰. Am Wahlsonntag, dem 5. März 1933, erschien von Büchner ein Leitartikel, in dem er unmissverständlich die Wahl der rechts-bürgerlichen Parteien empfahl, „die kluge und mutige Art [lobte], in der [der BVP-Führer] Staatsrat Schäffer [...] den monarchischen Gedanken in Bayern verteidigte“ und unter Berufung auf Bismarck das Streben der NSDAP nach „Alleinherrschaft“ kritisierte. Die „Vorherrschaft einer Partei [liege] nicht im Interesse einer gesunden deutschen Entwicklung“³¹. Dieser Kommentar lag eigentlich – abgesehen von der Verbeugung vor den bayerischen Monarchisten – ganz auf der Linie der politischen Überzeugungen von Paul Reusch, er musste aber die Münchner Nationalsozialisten in der aufgeheizten Stimmung des Wahlkampfes bis aufs Blut reizen. Die Pläne zur Wiedereinführung der Monarchie in Bayern, die etwa einem Fritz Schäffer vorschwebten, waren schließlich bewusst gegen die totale Macht der NSDAP konzipiert worden.

²⁷ Vgl. Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 868–876.

²⁸ Reusch an Betz, 3. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

²⁹ Diese Rolle hatte Gebstättel auch aus der Sicht der NS-Regierung; die Kennzeichnung findet sich mehrfach in den Akten des Bayerischen Innenministeriums. Bayrisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), II Mlnn 74119.

³⁰ Reusch an Büchner, 30. 12. 1932, in: RWWA, 130-4001012007/7.

³¹ MNN vom 5. 3. 1933 (Titelseite).

Der Leiter des Ressorts Inneres Erwein Freiherr von Aretin, langjähriger Vorsitzender des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, war dem Protestanten Reusch vermutlich zu katholisch, bayerisch heimatverbunden und monarchistisch eingestellt. Da auch er die Pläne zur Wiedereinführung der Monarchie unterstützte, die der Hitler-Regierung, neben anderen Gründen, als Vorwand für den Staatsstreich in München vom 9. März dienten, richtete sich der Hass der Münchner NSDAP besonders gegen Aretin³².

Staatsstreich in Bayern: Terror gegen eine kritische Zeitung

Am 9. März entmachtete Hitler die Regierung von Heinrich Held und ernannte General Ritter von Epp zum Reichskommissar für Bayern. Chefredakteur Büchner kritisierte diesen Staatsstreich in den MNN mit sehr zurückhaltenden Formulierungen: „Die Autorität des Staates und die innere Sicherheit dieser Autorität ist durch das eingeschlagene Verfahren nicht gestärkt worden. Niemand bestreitet heute den Nationalsozialisten das Recht [...], verantwortlich oder mitverantwortlich zu regieren. Warum man dies heute unbestrittene Recht in Kampfformen erobern will, ist schwer begreiflich.“³³ Durch Sabotage beim Druck wurden einige Passagen dieses Leitartikels in einem Teil der Auflage unleserlich gemacht; trotzdem reagierte die Münchner NSDAP prompt. Auf Kundgebungen drohte man mit der Erstürmung des Verlagsgebäudes.

Reichskommissar Ritter von Epp setzte sofort nach dem Staatsstreich Heinrich Himmler als Polizeipräsidenten von München und Reinhard Heydrich als Leiter des politischen Referates der Münchner Kriminalpolizei ein. Am 1. April wurde Himmler „Politischer Polizeikommandeur“ für ganz Bayern. Himmler und Heydrich nutzten diese bayerische Machtbasis für den innerparteilichen Kampf um die Kontrolle über die Polizei in ganz Deutschland. Himmlers Verbitterung darüber, dass er als treuester „Vasall des Führers“ bei der Verteilung der staatlichen Machtpositionen zunächst leer ausgegangen war, und sein verbissenes Ringen mit dem Erzrivalen Hermann Göring erklären die Härte des Vorgehens gegen Oppositionelle in München³⁴. Die Eingriffe der „Politischen Polizei“ gegen die „Münchner Neuesten Nachrichten“ müssen auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

³² Zur Gedankenwelt der Münchner Redakteure vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1994, S. 224 f.; zur Kennzeichnung Aretins als „militant-monarchistisch“ vgl. auch Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen, 1960, S. 138; zur Rolle Aretins im Bayerischen Heimat- und Königsbund jetzt vor allem Stephan Malinowski, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, S. 374–381.

³³ MNN vom 10. 3. 1933.

³⁴ Zum Machtkampf um die Kontrolle über die Polizei vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 138–141; zum Machtkampf innerhalb der NSDAP über die Zuständigkeit für die Presse in Bayern vgl. Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse, S. 41 ff.

Am 13. März wurden Chefredakteur BÜchner, sein Redaktionskollege von Aretin und weitere Verlagsangehörige verhaftet³⁵. Ihre Namen verschwanden sofort aus dem Impressum, davon abgesehen erfuhren die Leser nichts über ihr Schicksal. Nur im Lokalteil fand sich einige Tage später ein winziger Bericht zur „Widerlegung umlaufender Gerüchte“ über Aretin, der eine Erklärung unterschrieben habe, dass er „vollständig gesund und wohlauf“ sei und nicht „den geringsten Grund zur Klage“ habe³⁶. In der Redaktion der MNN übernahmen zwei „Kommissare“ die Macht: Baron Paul Edmund von Hahn, ein freischaffender Journalist und Romancier³⁷, allerdings nur bis zu seiner Verhaftung im Mai, und Leo Hausleiter, der als freier Mitarbeiter der MNN früher von Cossmann protegiert worden war und daher viele Interna kannte. „Er wusste alles, da niemand in ihm den Nazi vermutet hatte, und was er nicht wusste, log er hemmungslos dazu.“³⁸ Seine Informationen nutzte Hausleiter, selbst Mitglied von Himmlers Politischer Polizei, um sofort mit der „Säuberung“ von Verlag und Redaktion zu beginnen: In den Wochen nach dem Staatsstreich wurden sieben Redakteure, außerdem Betz, Cossmann und für kurze Zeit Gebtsattel verhaftet, mindestens 16 weiteren Redakteuren und Mitarbeitern wurde gekündigt³⁹.

Nach der Verhaftung von BÜchner und Aretin empfing Reusch in seinem schwäbischen Refugium, dem Katharinenhof bei Backnang, den geistigen Leiter des Verlages Paul Cossmann, ein Ausdruck ganz besonderer Wertschätzung. Cossmann blieb am 13./14. März über Nacht auf dem Katharinenhof und fuhr am nächsten Tag mit dem Konzernherrn gemeinsam nach München⁴⁰. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Reusch zweifellos, was die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ihre unabhängig denkenden Redakteure und vor allem Cossmann selbst wegen seiner jüdischen Abstammung von Himmlers Politischer Polizei und von der SA zu erwarten hatten. Die Einladung auf dem Katharinenhof und die gemeinsame Fahrt nach München waren der letzte Kontakt Reuschs zum vormals wichtigsten Vertrauensmann der Anteilseigner im Verlag Knorr & Hirth.

An den beiden Tagen vor dem 13. März 1933 war Reichsbankpräsident Hans Luther Gast auf dem Katharinenhof gewesen. Man darf annehmen, dass dabei auch Luthers Zukunft unter dem NS-Regime Thema der Gespräche war und dass für den Fall seiner Absetzung Absprachen getroffen wurden⁴¹. Am 16. März 1933

³⁵ Gebtsattel an Reusch, 17. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

³⁶ MNN vom 17. 3. 1933.

³⁷ Ausdruck des Misstrauens der Anteilseigner gegen ihn war eine von Reusch veranlasste Anfrage beim Verband des Kurländischen Stammadels über dessen dubioses „Vorleben“; Reusch an Blank, 29. 4. und 3. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

³⁸ Anton Betz, Die Tragödie der Münchener Neuesten Nachrichten 1932/33, in: Journalismus, Bd. 2, hrsg. von Emil Dovifat und Karl Bringmann, Düsseldorf 1961, S. 40; zu von Hahn vgl. ebenda, S. 40 f., Hoser, Münchener Tagespresse S. 876–879, und Haniel an Reusch, 14. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

³⁹ Die Namen und die Umstände der Verhaftungs- und Kündigungswelle bei Hoser, Münchener Tagespresse, S. 1000–1027.

⁴⁰ Reuschs Terminkalender, in: RWWA, 130-400101292/3.

⁴¹ Zu den Terminen vgl. ebenda.

wurde er als Reichsbankpräsident tatsächlich abgelöst. Diese Personalentscheidung war für die Spitzen der Industrie höchst beunruhigend, galt Luther doch als Garant für eine konservative Geld- und Haushaltspolitik. Für Reusch muss dieser Vorgang ein besonders schwerer Schock gewesen sein. Aus Protest legte er einen Tag später seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zusammenarbeit nieder, an deren Tagung am 13. März er zusammen mit Luther teilgenommen hatte. Nachdem er am 19. März den Wortlaut von Luthers Rücktrittsschreiben an Hindenburg erhalten hatte, fragte er seinen Freund erstaunt, ob er keinen Wert darauf lege, „dass der Brief im genauen Wortlaut veröffentlicht wird“⁴². Diese Frage deutet darauf hin, dass er zu diesem Zeitpunkt zumindest auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik den Konflikt mit dem Regime wagen wollte.

Der demonstrative Rücktritt Reuschs von dem wichtigen Posten in Basel war nicht im Sinne des neuen Reichsbankpräsidenten Schacht, der den GHH-Chef aus früherer enger Zusammenarbeit bestens kannte. Er reagierte überrascht und bat Reusch in sehr versöhnlichem Ton, sich die Sache noch einmal zu überlegen⁴³. Schacht, der hier sicher im Einvernehmen mit Hitler handelte, war also offensichtlich daran interessiert, die alten Galionsfiguren der Industrie in die wirtschafts- und finanzpolitischen Strategien des neuen Systems einzubinden. Reuschs Entscheidung schien zunächst jedoch unumstößlich.

Über die gleichzeitigen Vorgänge in München wurde Reusch in einem Schreiben des Geschäftsführers der Süddeutschen Verlagsgesellschaft von Gebstättel am 19. März 1933 informiert. Dieser sah darin nicht „vorübergehende Begleiterscheinungen einer Revolution“, sondern von Anfang an das Bestreben der NSDAP, die größte bayerische Zeitung in die Hand zu bekommen. Die Angriffe gegen Einzelpersonen wie gegen das Gesamtunternehmen seien in der Substanz völlig haltlos. Den Inhaftierten würde ein ordentliches Gerichtsverfahren verweigert, weil dieses „die Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe“ sofort erweisen würde. Der Kommissar Hausleiter spiele sich besonders „frech“ auf und beanstande, „dass im Unternehmen zu viele Juden tätig seien“ und dass es „monarchistisch-separatistische Umtriebe“ gebe. Gebstättel meinte, die GHH als größte Anteilseignerin könne diesem Treiben nicht weiter stillschweigend zusehen, da sonst die Gefahr bestehe, „dass das investierte Kapital entwertet wird oder verloren geht“. Reusch persönlich könne möglicherweise in ein schiefes Licht geraten. Gebstättel gab zu bedenken, „ob nicht ein längeres Desinteressement Ihrerseits an dem Unternehmen und an dem Schicksal der Inhaftierten für diese belastend wirkt, da daraus geschlossen werden könnte, dass Sie sich die erhobenen Vorwürfe gewissermaßen zu eigen machen“.

Gebstättel konnte den Vorgängen in München aber auch etwas Positives abgewinnen. Er sah die Chance einer Generalbereinigung des Unternehmens in organisatorischer und personeller Hinsicht; Ziel sollte es sein, den Verlag mit allen seinen Druckerzeugnissen unter einer einheitlichen „straffen Leitung“ zusam-

⁴² Reusch an Luther, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

⁴³ Schacht an Reusch, 20. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101290/33a.

menzufassen. „Die Rücksicht auf die Nebenblätter, Eigenmächtigkeiten und Seitensprünge [...] haben sicher dem Hauptblatt oft geschadet; der Mangel an strafbarer Leitung hat die Linie verwischt und die leitenden Schriftleiter verführt, politisch zu philosophieren statt zielbewusst zu handeln.“ Wie weit Gebstättel im Grunde mit dem Gedankengut der NSDAP sympathisierte, setzte er Reusch in entlarvender Manier auseinander: „Die Blätter müssen sich den begrüßenswerten Teil der nationalen Revolution zu eigen machen, der ja nichts anderes ist, als das, wonach sich jeder, der sein deutsches Vaterland liebt, seit jeher gesehnt hat.“ Mit dieser Zielsetzung appellierte er an den GHH-Chef, jetzt in das Geschehen einzugreifen⁴⁴. Der Widerspruch dieser Forderung zu der Behauptung, dass alle Vorwürfe gegen die Inhaftierten völlig haltlos seien, wurde ihm nicht bewusst. Auch Reusch widersprach der Anregung nicht.

Gebstättel fügte seinem Schreiben vom 19. März einen Ausschnitt der MNN vom gleichen Tage bei, in dem Verlagsdirektor Betz und die Mitglieder der Redaktion eine Ehrenerklärung für ihre verhafteten Kollegen abgaben, sich für ihre „nationale Gesinnung“ verbürgten und die im „Völkischen Beobachter“ erhobenen Vorwürfe zurückwiesen. An gleicher Stelle veröffentlichte auch Enoch Freiherr von Guttenberg, als Landesleiter des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, einen Brief an den Reichsstatthalter von Epp, in dem er die unwandelbar „deutsche Gesinnung“ Aretins bezeugte⁴⁵. Auch der bayerische Kronprinz bemühte sich um die Freilassung von Aretin und Büchner. Gebstättel verwies kurze Zeit später auf weitere Beispiele prominenter Bayern, die sich in diesen turbulenten Tagen in der Öffentlichkeit kritisch über das Treiben der Nationalsozialisten geäußert hatten, so auf den BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer, mit dem Reusch seit Jahren in engem Kontakt stand⁴⁶. Schäffer tat dies, obwohl er selbst massiven Repressalien ausgesetzt war⁴⁷. In der Öffentlichkeit weithin bekannte Persönlichkeiten, wie Freiherr von Guttenberg z. B., gingen mit ihrer Kritik an einzelnen Maßnahmen offenbar kein persönliches Risiko ein. Deshalb erwartete Gebstättel von dem als unantastbar geltenden Industrie-Magnaten Reusch einen ähnlichen Schritt. Doch dazu konnte sich Reusch nie durchringen. Er kommentierte Gebstättels Berichte mit der Bemerkung, „dass vorläufig kaum daran gedacht werden kann, dass die in Haft befindlichen Herren frei werden“⁴⁸.

Das „Eingreifen“ von Haniel und Reusch

Was die Verlagsgeschäfte anging, ließ Reusch Gebstättel von Berlin aus wissen, dass er nun doch in Erwägung ziehe, persönlich tätig zu werden: „Sie müssen sich aber darüber klar sein, dass ein Eingreifen meiner Person mit dem restlosen

⁴⁴ Alle Zitate in: Gebstättel an Reusch, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁴⁵ MNN vom 19. 3. 1933, Anlage zu: Gebstättel an Reusch, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁴⁶ Gebstättel an Reusch, 19. und 20. 3. 1933, und Reusch an Gebstättel, 21. 3. 1933, in: Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 141.

⁴⁸ Reusch an Gebstättel, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

Verschwinden aller bis jetzt maßgebenden Persönlichkeiten gleichbedeutend ist.⁴⁹ Die Diskrepanz zwischen dieser Ankündigung und seinem unter der NS-Herrschaft geschrumpften Einfluss war ihm zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewusst. Die Betroffenen – Verlagsdirektor Betz und Professor Cossmann befanden sich noch auf freiem Fuß – erfuhren nichts von dieser Absicht. Betz, der sich in diesen Tagen in einem bizarren Fahnenstreit mit unteren Chargen der Münchner NSDAP herumschlagen musste, erhielt zwar von Reusch telefonisch Rücken- deckung für seinen inhaltenden Widerstand gegen die zunehmenden Übergriffe⁵⁰. Gleichzeitig bagatellierte Reusch jedoch gegenüber Gebtsattel die Ausmaße des NS-Terrors: „Wenn die Sturm- und Drangperiode hinter uns liegt, wird ja wohl auch die Vernunft sich wieder Durchbruch verschaffen.“⁵¹

Reusch wurde in diesen Tagen durch die dramatischen Vorgänge im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in Berlin so stark in Anspruch genommen, dass auch dies ihn hinderte, in München „einzugreifen“. Die durch Luthers Entlassung ausgelösten Schockwellen waren noch nicht abgeklungen, als die Spitzen der deutschen Großindustrie zur Präsidiumssitzung am 23. März 1933, dem Tag der Selbstenmachtung des Reichstages durch das Ermächtigungsgesetz, in Berlin anreisten. In der Sitzung provozierte Fritz Thyssen einen Eklat, als er den langjährigen und allseits geachteten Geschäftsführer Ludwig Kastl, im Weltbild der Nationalsozialisten ein „Nicht-Arier“, wegen seiner Distanz zur neuen Regierung frontal angriff und damit indirekt auch dem RDI-Präsidenten Gustav Krupp schwere Vorwürfe machte, die diese entschieden zurückwies. Mithilfe düsterer Drohungen erzwang Thyssen eine Loyalitätserklärung für Hitler. In dieser angespannten Situation trat Paul Reusch dem RDI-Präsidenten zur Seite und bot als Einziger dem triumphierenden Fritz Thyssen die Stirn: „Herr Reusch bat, die Diskussion nicht fortzusetzen. Wenn Herr Thyssen noch irgendwelche Vorwürfe gegen die Leitung der Geschäftsführung des Reichsverbandes zu erheben hätte, so möge er sie Herrn v. Bohlen unter vier Augen mitteilen. [...] Er bitte deshalb, dass das Präsidium Herrn von Bohlen einstimmig das Vertrauen aussprechen möge. In dieser schweren Zeit sei es nötig, dass das gesamte Präsidium hinter seinem Vorsitzenden stehe. (Bravo, Händeklatschen).“⁵² Der Antrag wurde einstimmig, auch mit der Stimme Thyssens, angenommen. Reuschs energische Intervention macht deutlich, dass Ende März in der Verbandspolitik noch Entscheidungen möglich waren, die den Interessen des NS-Regimes zuwider liefen, und dass es im Kreis der führenden deutschen Industriellen ein Potential für einen unab-

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Vgl. Betz, *Tragödie*, in: *Journalismus*, Bd. 2, S. 37.

⁵¹ Reusch an Gebtsattel, 19. 3. 1933, in: *RWWA*, 130-400101293/3.

⁵² Kastl an Krupp, 27. 3. 1933, Anlage: Niederschrift Kastls über die Präsidiumssitzung des RDI am 23. 3. 1933, in: *Historisches Archiv Krupp*, Essen (künftig: *HA Krupp*), FAH 4 E 885; diese, auch der eigenen Endastung dienende Niederschrift, wird in der Literatur allgemein als zuverlässig akzeptiert und an vielen Stellen zitiert, z.B. bei Gustav Luntowski, *Hitler und die Herren an der Ruhr*, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 96; Wengst, *Reichsverband*, S. 99; Werner Abelshäuser, *Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 47 (2002), S. 11.

hängigeren Kurs gab, sofern einer der alten Wortführer die Initiative ergriff. Wie die meisten anderen Großunternehmer schwenkte Reusch jedoch wenige Tage später auf einen Kurs der Anpassung ein.

Was die Probleme seines eigenen Konzerns anging, so zögerte Reusch weiterhin. In München überließ er im März seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Haniel, der gleichzeitig Vorsitzender des Beirates beim Verlag Knorr & Hirth war, das Feld. Er gab ihm aber deutlich zu verstehen, wie er nach Gebssattels ausführlichen Berichten das Vorgehen der neuen Machthaber einschätzte und welche Ziele bei den Gegenmaßnahmen für ihn vorrangig waren: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel, dass die Verhaftung der Redakteure des Verlages Knorr & Hirth ein ganz anderes Ziel hat, als die in der Haft befindlichen Herrn in den Anklagezustand zu versetzen. Dieses Ziel ist, das Unternehmen entweder kaputtzumachen oder in die Gewalt der regierenden Parteien zu bekommen.“ Die Verwendung des Plurals deutet darauf hin, dass er den Einfluss von Hitlers Koalitionspartnern weit überschätzte; vielleicht vermutete er den erneuten Versuch einer feindlichen Übernahme der MNN durch seinen Intimfeind Hugenberg hinter der ganzen Sache. Den Verlust des investierten Kapitals, das er mit rund 5 Millionen Mark bezifferte, wolle er keinesfalls hinnehmen⁵³.

Haniel versuchte ab dem 19. März, auf sein diplomatisches Geschick vertrauend, mit den NS-Gewaltigen in München ein für die Anteilseigner akzeptables Arrangement zustande zu bringen. Was die verhafteten Redakteure anging, so stellte er sofort klar, dass er sich für Büchners Freilassung einsetzen werde, für Aretin könne er aber nichts tun⁵⁴. Das auch von der Kapitalseite für notwendig gehaltene personelle Revirement war von NS-Kommissar Hausleiter initiiert worden und bereits in vollem Gange. Haniel musste aber bald erfahren, dass von Seiten der Anteilseigner niemand darauf Einfluss nehmen konnte. Hausleiters „Säuberung“ traf im Verlag nicht nur auf Ablehnung, es gab zu viele Nutznießer der Kündigungswelle. Selbst die Rolle von Verlagsdirektor Betz, der Ende März selbst verhaftet wurde, erscheint rückblickend im Zwielficht. Er nannte Gebssattel die Namen derjenigen Mitarbeiter, deren Posten frei würden, sei es, weil sie als Ausländer ausgewiesen würden, sei es, dass sie sich der Verhaftung durch rechtzeitige Flucht entzogen hätten. Es sei seine Absicht, die „frei werdenden Stellen mit Leuten der nationalen Richtung zu besetzen“⁵⁵. Gebssattel war ganz begeistert über die Pläne, zu denen sich Betz nun endlich durchzuringen schien. In seinem Bericht an Reusch erwähnte er nur ganz beiläufig, dass Cossmann auf ihn „einen außerordentlich niedergedrückten und zerquälten Eindruck“ gemacht habe und dass es über die bereits verhafteten Redakteure „nichts Neues zu berichten“ gäbe⁵⁶.

Reusch war mit den Personalplänen von Betz einverstanden, ihm ging das alles aber nicht weit genug. Skeptisch merkte er an, dass die von Betz eingeleiteten

⁵³ Reusch an Haniel, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁵⁴ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 37.

⁵⁵ Gebssattel an Reusch, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁵⁶ Ebenda.

Maßnahmen „ihren Zweck nicht erfüllen“ würden⁵⁷. Unterdessen erfuhr er von Gebattel – mit präziser Namensnennung –, wie der Prozess, den die NS-Machthaber „Säuberung“ nannten, weiterging: „Die Flucht semitischer Angehöriger des Hauses K & H scheint anzudauern.“ Einige Angestellte, die sich offiziell krank gemeldet hätten, seien in Wirklichkeit „getürmt“. Die Diktion verrät etwas von der Einstellung Gebattels, der Reusch vor dem Hintergrund dieser Vorfälle erneut drängte, mit seinem persönlichen „Eingreifen“ nicht mehr länger zu warten⁵⁸.

Vorerst aber vertrat weiter Karl Haniel allein in München die Anteilseigner. Dieser wurde am 26. März gemeinsam mit Verlagsdirektor Betz bei den neuen Machthabern vorstellig. Himmler „tobte“ im direkten Gespräch „über die unbelehrbaren MNN“, was Haniel, der auf Anpassung an die geänderten Verhältnisse setzte, dazu veranlasste, „Fehler“ der Zeitung zuzugeben und zu versprechen, dass die MNN auch mit Hitler als Kanzler „ihre Tradition als Regierungsblatt fortsetzen“ würden. Sie brauche ja nicht unbedingt so zu schreiben wie der „Völkische Beobachter“, ihm schwebte eher vor, dass man sich die Bälle gegenseitig zuspiesen werde. Mit SA-Chef Ernst Röhm sprach Haniel alleine, aber Betz konnte vom Vorzimmer aus mithören, wie der Großindustrielle sich anbot: „Wenn es nach ihm und den anderen Industriellen gegangen wäre“, so Betz später in einem Erinnerungsbericht, „hätten die MNN längst auf die nationale Politik umgestellt. Die katholische Linie der MNN passe ihm ganz und gar nicht. Er garantiere mit der Mehrheit des Kapitals dafür, dass dies jetzt anders werde.“ Weder Himmler noch Röhm gaben im Gegenzug verbindliche Zusagen. Haniel schien trotzdem mit dem Erfolg seiner Mission sehr zufrieden, Betz dagegen wurde noch am Abend des gleichen Tages (26. März 1933) in der Redaktion der MNN verhaftet. Im Polizeigefängnis empfing ihn Heydrich, der den Haftbefehl unterschrieben hatte, mit der hämischen Bemerkung, „er freue sich, nunmehr auch den Leithund der schwarzen Herde in seinem Haus zu sehen“⁵⁹. Selbst wenn man in Betracht zieht, dass Betz seine eigene Rolle bei diesen Vorgängen nicht in allen ihren Facetten richtig schildert, so zeigt diese Darstellung doch, wie sehr er sich von den Ruhr-Industriellen im Stich gelassen fühlte⁶⁰.

Wie fest die Partei die MNN bereits am Zügel hatte, erfuhren die Leser schon am 1. April 1933, als die Zeitung serienweise die antisemitischen Pamphlete des von Julius Streicher geleiteten „Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen

⁵⁷ Reusch an Gebattel, 22. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁵⁸ Gebattel an Reusch, 22. 3. 1933, Reusch an Gebattel, 23. 3. 1933, und Gebattel an Reusch, 23. 3. 1933, in: Ebenda.

⁵⁹ Die Darstellung in diesem Absatz folgt Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 38–42, alle Zitate ebenda.

⁶⁰ Betz erinnert sich, ihm sei „über den Erklärungen Haniels übel geworden“, in: Ebenda, S. 39; in einem internen Vermerk des Bayerischen Innenministeriums vom Sept. 1933 heißt es dagegen, Betz sei nach der Unterredung mit den Münchner NS-Gewaltigen „stark beruhigt“ gewesen, „Betrifft: Knorr & Hirth G.m.b.H. in München“ (13 Seiten, ohne Vf., Unterschrift und Datum, aufgrund inhaltlicher Kriterien auf ca. September 1933 zu datieren), Blatt V, in: BayHStA, II MInn 74119.

Greuel- und Boykotthetze“ auf der Titelseite abdruckte⁶¹. Reusch fand die Nachrichten aus München „nicht gerade beruhigend“⁶², und er konnte sich in seinen Befürchtungen durch einen sechsseitigen Lagebericht von Gebattel vom 29. März bestätigt fühlen.

Gebattel war die Situation nach Betz' Verhaftung jetzt „überaus peinlich“. Diesen schockierenden Vorgang nahm er zum Anlass, seine schon früher geäußerte Einschätzung zu bekräftigen: Den neuen Machthabern gehe es nur darum, den gesamten Zeitungsverlag vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, so dass „den Eigentümern nurmehr das Vergnügen bleibt, die finanzielle Grundlage des Unternehmens darzustellen“. Jetzt müsse Reusch „mit Herrn Hitler in Verbindung treten und ihm klar machen, dass es sich hier um ein in seiner Majorität der GHH gehöriges Unternehmen handelt, dass die Reorganisation unter [Reuschs] Leitung vor sich gehe und dass daher jeder andere die Finger von der Firma lassen möge“.

Ein vernichtendes Bild zeichnet Reuschs Vertrauensmann von Karl Haniel, der sich vor allem von dem Wunsch leiten lasse, ein „Eingreifen“ von Reusch zu verhindern. Haniel habe sogar versucht, die Berichterstattung an Reusch zu beeinflussen. Dabei seien Dinge vorgefallen, „die unendlich peinlich“ seien. Kaum weniger peinlich wirkt allerdings die Ergebnisadresse, in die sich Freiherr von Gebattel schließlich hineinsteigerte: „Wenn ich auch menschlich volles Verständnis für Herrn Haniel habe und fühle, welcher [sic] Schlag ein Eingreifen Ihrerseits für ihn bedeuten würde, ich kann nur einem Herrn dienen und erkenne nur eine Pflicht. [...] Ich bin der Überzeugung, dass eine gedeihliche Entwicklung nur dann zu erwarten ist, wenn sie von Ihrer Autorität gestützt wird. Wenn ich das ausspreche, so weiß ich, dass dies den Wünschen von Herrn Haniel diametral entgegengesetzt ist, ich kann aber kein Heil für das Unternehmen sehen, wenn er dauernd allein hier tätig ist.“

Ganz am Ende seines Berichts kam Gebattel noch einmal auf die „erschütternde Tragik“ der Lage Cossmanns und der Verhafteten insgesamt zu sprechen. Für absehbare Zeit sah er keine Chance für eine Freilassung⁶³. Sein Bedauern darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der „Nichtarier“ Cossmann auch bei den Kapitalvertretern auf der Abschussliste stand. Haniel war der Meinung, so Gebattel an Reusch, Cossmann müsse verschwinden, denn er habe es immer abgelehnt, „den leitenden Schriftleitern strikte Weisungen zu geben, er habe den Standpunkt vertreten, die Herren müssten nach ihrem Gewissen schreiben, da könne man ihnen keine Vorschriften machen“⁶⁴. Gebattel nannte auch Verlagsdirektor Betz als Mitstreiter für diese Art von „Reorganisation“. Dieser habe gemeinsam mit Haniel nach einem Weg gesucht, Cossmann loszuwerden. Dafür „müsse sich [...] eben die richtige Form finden lassen“⁶⁵. Cossmann wurde wenig später „in Urlaub“ geschickt.

⁶¹ MNN vom 1. 4. 1933.

⁶² Reusch an Gebattel, 29. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁶³ Alle Zitate in: Gebattel an Reusch, 29. 3. 1933, in: Ebenda.

⁶⁴ Gebattel an Reusch, 27. 3. 1933, in: Ebenda.

⁶⁵ Ebenda.

Zwei Tage nach seinem Bericht vom 29. März 1933 konnte Gebattel zumindest die Freilassung des Chefredakteurs Büchner melden, die allerdings mit der Auflage verbunden war, sich nicht mehr im Verlag zu betätigen. Gleichzeitig gingen die Kündigungen weiter; betroffen davon waren vor allem jüdische Mitarbeiter, „deren Entlassung zum Teil bereits Dr. Betz seit längerem vorgesehen hatte“⁶⁶.

Bereits einen Tag später wiederholte Gebattel seinen schon mehrfach geäußerten Appell an Reusch: Das Haus brauche eine „autoritäre Führung“, allerdings nicht, um gegen die NS-Regierung zu opponieren. „Meiner Ansicht nach handelt es sich darum, das Haus scharf auf die Richtung der nationalen Regierung einzustellen, aber selbst Herr im Haus zu bleiben.“ Haniel könne dies nicht bewerkstelligen. „Es muss von Herrn Hitler die Zusage erreicht werden, dass das Unternehmen unangetastet bleibt und dass das Eintreten Ihrer Person Gewähr genug ist, einen Einsatz der Kräfte des Hauses im Sinne der nationalen Erhebung zu gewährleisten.“⁶⁷ Es ist bemerkenswert, wie Reusch von einem engen Vertrauten beurteilt wurde. Aber Reusch hatte längst nicht mehr den politischen Einfluss, um – wie ein Jahr zuvor – einen persönlichen Pakt mit Hitler schließen zu können, selbst wenn er das gewollt hätte.

Anfang April erhöhte die NSDAP den Druck nicht nur auf die Redaktion der MNN, sondern auf den ganzen Verlag Knorr & Hirth, obwohl dessen Führung längst willfährig das Geschäft der Machthaber besorgte. Gebattel berichtete am 1. April zum letzten Mal, am 2. April wurde der Freiherr verhaftet⁶⁸. Gebattels Frau übermittelte Reusch die Bitte ihres Mannes, sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen, und forderte ihn auf, sich persönlich für die Freilassung ihres Mannes einzusetzen⁶⁹. Zwar flüchtete sich Reusch in seiner Antwort in die Ausrede, dass er auf „die dringende Bitte“ Haniels nicht nach München gekommen sei, da durch seine Anwesenheit „die Verhandlungen nur eine Störung erfahren dürften und er [Haniel] wohl selbst fürchtete, im Falle [von Reuschs] Anwesenheit in München das gleiche Schicksal zu erleiden, das Ihrem Manne widerfuhr“⁷⁰. Dann drückte er Frau Gebattel gegenüber seine tiefe Betroffenheit aus und versprach, für die Freilassung ihres Mannes alles zu tun, was in seiner Macht stehe. Dieses Versprechen war weit mehr als die Gesten, zu denen sich Reusch gegenüber den anderen Verhafteten und deren Angehörigen durchringen würde. Gebattels Verhaftung und die folgende Beschlagnahme der Verlagsanteile am 5. April 1933 ließen ihm nun keine Wahl mehr, als persönlich „einzugreifen“.

⁶⁶ Gebattel an Reusch, 31. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁶⁷ Gebattel an Reusch, 1. 4. 1933, in: Ebenda.

⁶⁸ Nach einem internen Bericht des Bayerischen Innenministeriums vom September 1933 in Himmlers Vorzimmer anlässlich eines Treffens mit dem SS-Führer, an dem auch Haniel und von Hahn teilnahmen, wie Anm. 60, Blatt VII, in: BayHStA, II MInn 74119; vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, S. 876 f.

⁶⁹ Theresia Freifrau von Gebattel an Reusch, 10. 4. 1933 (Eingang GHH), in: RWWA, 130-400101293/3.

⁷⁰ Reusch an Freifrau von Gebattel, 10. 4. 1933, in: Ebenda.

Die entscheidende Zäsur: Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie

Für Reusch brachten die ersten Apriltage die eigentliche Zäsur in seinem Verhalten gegenüber der neuen Regierung. Sein Sinneswandel manifestierte sich einerseits in dem Einschwenken auf einen Kurs vollständiger Anpassung in der Verbandspolitik, andererseits in der Aufnahme direkter Verhandlungen mit dem Münchner Polizeipräsidenten Himmler über die Verlagsanteile der GHF. Auslösendes Ereignis dafür war zweifellos der Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie.

Am 1. April, als der Straßenterror im Boykott gegen jüdische Geschäfte einen ersten Höhepunkt erreichte, erschien der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP Otto Wagener in der Berliner Geschäftsstelle des RDI und verlangte ultimativ den Rücktritt des Geschäftsführers Kastl und aller anderen jüdischen Mitglieder des Präsidiums und der Geschäftsführung. Für den Fall, dass seine Forderungen nicht erfüllt würden, drohte er unverblümt mit „Unannehmlichkeiten“, was an diesem Tag nur das Eindringen randalierender SA-Trupps bedeuten konnte⁷¹. Prominentester „Nichtarier“ im Präsidium war Paul Silverberg, mit dem Reusch seit vielen Jahren freundschaftliche Kontakte pflegte. Neben dem prominenten Braunkohlenindustriellen mussten fünf weitere jüdische Unternehmer aus dem Präsidium und drei führende Mitarbeiter aus der Geschäftsführung ausscheiden. Wagens Aktion war offensichtlich im Auftrag Hitlers und mit Wissen der Thyssen-Gruppe geschickt eingefädelt worden. Der RDI-Vorsitzende Krupp befand sich nämlich mit seinem Stellvertreter Carl-Friedrich von Siemens zum selben Zeitpunkt am 1. April in der Reichskanzlei, wo sie mit Hitler über die von Thyssen am 23. März im Präsidium aufgeworfenen Fragen verhandeln wollten⁷².

Krupp steuerte danach „einen Kurs der Anpassung, um den Reichsverband als Organisation zu erhalten und ihm den gebührenden Platz im Wirtschaftsaufbau des Dritten Reiches zu sichern“⁷³. Er widersprach nicht, als bei der außerordentlichen Präsidiumssitzung am 6. April die von Wagener diktierte „Vereinfachung und Umgestaltung der Organisation“ des RDI beschlossen wurde, vielleicht auch deshalb, weil man ihn als Vorsitzenden gleichzeitig ermächtigte, mit Hitler „Führung“ zu halten⁷⁴. Dieser Kurs beruhte keineswegs auf dem vollständigen Konsens im Präsidium; in der Sitzung wurde Kritik an den NS-Aktionen in der Geschäftsführung und an Krupps Haltung gegenüber Wagens Diktat geäußert. Selbst

⁷¹ Aktennotiz über eine „Besprechung“ bei der Geschäftsführung des RDI, 1. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193.

⁷² Vgl. Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik*, Göttingen 1981, S. 182–185; Luntowski, *Herren an der Ruhr*, S. 97–100.

⁷³ Wengst, *Reichsverband*, S. 103; vgl. Abelshauser, *Krupp*, S. 13.

⁷⁴ RDI-Rundschreiben, 7. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193.

Thyssen ging diese Unterwerfung jetzt zu weit⁷⁵. Die von den Nationalsozialisten geforderten Beschlüsse wurden aber trotzdem gefasst.

Reusch war am 6. April nicht anwesend. Geschäftsführer Jacob Herle hatte am 3. April die meisten Präsidiumsmitglieder per Telegramm verständigt, Reusch hingegen nicht, was wohl kein Zufall war⁷⁶, obwohl der sich an diesem Tag in Berlin befand und andere Termine sicher leicht hätte absagen können, um an dieser letzten, nicht „gleichgeschalteten“ Präsidiumssitzung teilzunehmen⁷⁷.

Am Tag zuvor hatte Reusch sich mit Reichsbankpräsident Schacht getroffen. Reusch erläuterte seinem alten Bekannten die Gründe für seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, ließ sich dann aber von Schacht umstimmen und erklärte sich bereit, auch mit ihm in Basel zusammenzuarbeiten⁷⁸. Nach diesem Gespräch vermied Reusch jede offene Kritik am NS-Regime, auch die wenig später nach einem ähnlichen Muster wie beim RDI ablaufende Gleichschaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) nahm er widerspruchslos hin. Seinen Unwillen äußerte er nur intern⁷⁹. Höchste Priorität gab er den Bemühungen, den GHH-Konzern für die zu erwartenden Rüstungsaufträge günstig zu positionieren. Der Konflikt um die „Münchener Neuesten Nachrichten“ konnte da nur hinderlich sein; ein Arrangement mit den Machthabern in München schien geboten.

Beschlagnahme des Kapitals: Zerwürfnis zwischen Reusch und Haniel

Am 5. April teilte Himmler den Anteilseignern mit, dass ihr Kapital beschlagnahmt sei: „Sie besitzen bzw. verwalten Geschäftsanteile der Knorr & Hirth GmbH. Diese Geschäftsanteile werden mit sofortiger Wirksamkeit bis auf Weiteres gesperrt. Sie haben sich also jeder Verfügung über Ihre Anteile, [...] insbesondere jeder Abtretung oder Veränderung der Rechtsverhältnisse, auch jeder Unterhandlung oder Verhandlung hierüber zu enthalten. Gleichzeitig wird hiermit verfügt, dass die Vertretung in der Gesellschafterversammlung [...] gleichfalls bis auf Weiteres für Sie hiermit gesperrt wird und alle diese Rechte mit sofortiger Wirksamkeit zwei Sonderkommissaren übertragen werden.“⁸⁰ Einer dieser Kommissare war Leo Hausleiter, der seit dem Putsch in Bayern in der Redaktion der

⁷⁵ Vgl. Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP, S. 185; Wengst, Reichsverband, S. 103 f.; Abels- hauser, Krupp, S. 14 f.

⁷⁶ Herle an Krupp, 3. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193. Auf der Krupp übersandten Liste sind die folgenden Namen abgehakt: Carl Bosch, Ernst Brandt, Hermann Bücher, Ewald Hilger, Lammers, Georg Müller, Carl-Friedrich von Siemens, Wilhelm Wittke, Abraham Frowein.

⁷⁷ Laut Terminplan am 6. 4. 1933 Treffen mit Admiral Raeder und von Papen, in: RWWA, 130-400101292/3.

⁷⁸ Reusch an Schacht, 5. 4. 1933, in: RWWA, 130-400101290/33a, und Blank an Reusch, 27. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁷⁹ Zu den Vorgängen im DIHT vgl. Korrespondenz Reusch – Hamm April/Mai 1933, in: RWWA, 130-40010123/25b, und DIHT-Akten, in: RWWA, 130-40010123/33b.

⁸⁰ In den internen Vermerken des Bayerischen Innenministeriums mehrfach im Wortlaut zitiert, in: BayHStA, II MInn 74119.

MNN maßgeblich für die Verhaftungs- und Kündigungswelle verantwortlich war, der andere war Karl Haniel.

Nach einem fünf Monate später verfassten internen Bericht des bayerischen Innenministeriums wollte Himmlers Politische Polizei mit diesem Handstreich Reusch zuvorkommen, der Anfang April angeblich bereits die mündliche Zusage aller Anteilseigner besaß, gegenüber der Regierung als Allein-Bevollmächtigter aufzutreten. Dass Himmlers Eingriff in die Eigentumsrechte auch unter der neuen NS-„Rechts“-Ordnung illegal war, war auch dem Verfasser des Berichtes klar⁸¹. Himmler berief sich später als Rechtsgrundlage auf den „Willen des Führers“, ohne dessen ausdrückliche Weisung die Beschlagnahme nicht aufgehoben werden könne⁸².

Reusch lehnte die „in München getroffenen Abmachungen“, denen Haniel unter massivem Druck zugestimmt hatte, ab und verlangte von seinem Aufsichtsratsvorsitzenden mit Brief vom 8. April erstens eine Darstellung der Vorgänge seit dem 2. April, zweitens das gesamte schriftliche Material zur Einsicht und drittens das Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. April⁸³. Am gleichen Tag warnte er seinen Berliner Statthalter Martin Blank vor der anscheinend bereits zur Regel gewordenen Telefonüberwachung und gab ihm den dringenden Rat, sich in der Öffentlichkeit mit politischen Äußerungen zurückzuhalten⁸⁴. Diese Empfehlung war einerseits Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber den neuen Machthabern und entsprang andererseits wohl auch der Sorge, die eben eingeleiteten Kontakte mit der NSDAP durch unvorsichtige Äußerungen zu gefährden.

Im GHH-Konzern lief unterdessen ein erstaunlicher Vorgang ab. Reuschs Schreiben vom 8. April fuhr Haniel offenbar so in die Knochen, dass er wenig später, am 13. April, die angeforderten Unterlagen persönlich auf dem Katharinenhof ablieferte⁸⁵. Um sich selbst abzusichern, hielt Reusch penibel fest, welche „Schriftstücke“ ihm bei dieser Gelegenheit übergeben wurden, als wichtigstes Dokument das Schreiben der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April an die Besitzer des Verlages Knorr & Hirth über die Beschlagnahme der Anteile. Reusch nahm dieses Schreiben zum Anlass, Karl Haniel massive Vorhaltungen zu machen und an seiner Stelle selbst die Vertretung der Anteilseigner zu übernehmen, wie er am 19. April an Haniel schrieb: „Wie aus dem Schriftstück [...] der Bayerischen Politischen Polizei [...] hervorgeht, besteht [...] darüber Klarheit, dass Sie als Sonderkommissar der Bayerischen Politischen Polizei nicht – wie ich bisher nach Ihren Mitteilungen annehmen musste – lediglich die Anteile der Gutehoffnungshütte vertreten, sondern dass Ihnen – in gleicher Weise wie Herrn Hausleiter – die Vollmacht für die Vertretung der sämtlichen Anteile gleichberechtigt

⁸¹ Wie Anm. 60, Blatt IX–XIII.

⁸² Interner Vermerk des Bayerischen Innenministeriums (4 Seiten ohne Überschrift, Vf., Unterschrift und Datum, nach inhaltlichen Kriterien auf Frühjahr 1934 zu datieren), in: BayHistA, II MInn 74119.

⁸³ Reusch an Haniel, 8. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁸⁴ Reusch an Blank, 8. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁸⁵ Haniel an Reusch (Telegramm), 12. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

mit Herrn Hausleiter übertragen wurde.“ Nach einem langen Zitat aus dem erwähnten Schriftstück kam Reusch zu seinem Verdikt: „Durch die Fassung des Schreibens der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April 1933 ist es Ihnen unmöglich gemacht, die Interessen der Anteilseigner von Knorr & Hirth zu vertreten, da Sie als Sonderkommissar der Behörde dieser in erster Linie unterstellt sind. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, von nun ab gegenüber den Behörden und gegenüber den übrigen Anteilsbesitzern unsere Interessen zunächst solange selbst zu vertreten, als Ihr Sonderkommissariat andauert.“⁸⁶

Inhalt und Stil dieses Dokuments werfen ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen dem angestellten Manager und der Galionsfigur der alten Besitzerfamilie. Der Vorstandsvorsitzende konnte seinem Aufsichtsratsvorsitzenden eine Berichtspflicht auferlegen, die diesen veranlasste, umgehend persönlich auf dessen Landsitz zu fahren. Ergebnis der Aussprache war eine schriftliche Rüge für den Aufsichtsratsvorsitzenden und der Entzug der Procura, indem der Vorstandsvorsitzende die Interessenvertretung der Anteilseigner selbst übernahm. Reusch handelte – jedenfalls in dieser Phase – keineswegs „im Auftrag von Karl Haniel“⁸⁷, wie es dem konventionellen Verhältnis zwischen Aufsichtsrat und Vorstand entsprochen hätte. Ebenso bemerkenswert ist, dass der vornehme Spross aus dem traditionsreichen Hause Haniel sich gemeinsam mit einer so zwielichtigen Gestalt wie Hausleiter als „Kommissar“ einspannen ließ.

Hierbei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Karl Haniel in großen finanziellen Schwierigkeiten steckte. Er konnte seinen Zahlungsverpflichtungen aus einem hohen Hypothekendarlehen nicht nachkommen und wurde deshalb von der betreffenden Bausparkasse unter Druck gesetzt⁸⁸. Ob die NS-Machthaber in München davon wussten und dies ihrerseits als Druckmittel einsetzten, ist nicht bekannt. Dass auf ihn Druck ausgeübt wurde, steht jedoch außer Zweifel⁸⁹. Sicher ist auch, dass die Darlehens-Geschichte dem Aufsichtsratsvorsitzenden höchst peinlich war und dass er sich nur mit Reuschs Hilfe aus diesem Schlamassel befreien konnte⁹⁰.

Reuschs Verhandlungen mit Himmler

Mitte April erreichte Reusch aus Berlin, vermittelt von Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler, ein Gesprächsangebot von Himmler: Der SS-Führer sei „gern bereit, sich – nachdem nun die erforderliche Säuberung in München vorgenommen sei – mit [Reusch] über einen gemeinsamen Neuaufbau des Unternehmens

⁸⁶ Reusch an Haniel, 19. 4. 1933, in: Ebenda. Die erwähnten Schriftstücke sind nicht in den Akten.

⁸⁷ Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 197 (Zitat) u. S. 200.

⁸⁸ Minister a. D. Becker (Central Bausparkasse) an Haniel, 25. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁸⁹ Wie Anm. 60, Blatt VII; Hoser, *Münchner Tagespresse*, S. 877.

⁹⁰ Reusch an Rechtsanwalt Staub (Paris), 3. 4. 1933, Reusch an Becker (Central Bausparkasse), 9. 5. 1933, Haniel an Reusch, 10. 5. 1933, Reusch an Rechtsanwalt Staub (Paris), 15. 5. 1933, und viele weitere Schreiben in dieser Sache, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

zu unterhalten⁹¹. Himmler habe auch angeboten, ihm bei dieser Gelegenheit „das außerordentlich belastende Material“, das vor allem bei Cossmann gefunden worden sei, vorzulegen. Was Reusch sich unter diesen Vorzeichen von dem Treffen mit Himmler versprach, ist schwer nachvollziehbar, zumal er selbst vorher gesagt hatte, „dass in München schon vollendete Tatsachen geschaffen seien, sodass eine derartige Unterhaltung keinen Zweck habe“⁹².

Die Kontaktaufnahme gestaltete sich für den Top-Manager ungewohnt schwierig, auch schien er gegenüber dem neuen Typ von Gesprächspartner eigenartig unsicher: Himmlers genaue Anschrift musste erst ausfindig gemacht werden, und außerdem fragte Reusch an, ob er sich bei seinem Gespräch mit Himmler auf Keppler berufen könne⁹³. Seine Legitimation als Sprecher der Anteilseigner wollte er durch eine „Generalvollmacht“ absichern, die beinhalten sollte, dass bei Freiwerden der Anteile „die Rechte der Anteilseigner bis auf weiteres auf mich übergehen, sodass ich in der Lage bin, in jeder Beziehung selbständig zu handeln“⁹⁴. Gleichzeitig informierte er die anderen Anteilseigner über seine Absicht, mit der Generalvollmacht im Rücken „vor allem gegenüber den Behörden [...] aus eigener Machtvollkommenheit auftreten zu können“⁹⁵. An Himmler ging ein Telegramm, dass Reusch sich am 25. April „zu [seiner] Verfügung“ halten würde⁹⁶. Bis dahin hatte Reusch seine Termine in der Regel „aus eigener Machtvollkommenheit“ selbst gesetzt, wenn sich jemand „zur Verfügung halten“ musste, dann seine Gesprächspartner.

Das Treffen mit Himmler am 25. April in Berlin führte zu keinem Ergebnis. Die Verlagsanteile blieben beschlagnahmt, die Redakteure blieben in Haft, nur Freiherr von Gabsattel, der bereits vorher auf freien Fuß gesetzt, aber unter Hausarrest gestellt worden war, durfte sich wieder frei bewegen. Reusch meinte, bei seinem Gesprächspartner aber immerhin die „Geneigtheit zur Verständigung“⁹⁷ entdeckt zu haben. Deshalb bedankte er sich höflich für das Gespräch und gab Himmler gleichzeitig seinen Terminplan für die folgenden Wochen bekannt, da dieser ihm ein weiteres Treffen für Anfang Mai in Aussicht gestellt hatte. In geradezu naiver Manier meinte er, den SS-Führer auf die Gepflogenheiten der Wirtschaft verpflichten zu können: „Im Geschäftsleben ist es Brauch, dass in der Zeit, in der Verhandlungen schweben, Waffenstillstand herrscht. Ich darf wohl annehmen, dass Sie sich dieser Auffassung anschließen.“⁹⁸ Obwohl der sonst so

⁹¹ Blank an Reusch, 13. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁹² So Blank in: Ebenda.

⁹³ Reusch an Blank (handschriftliche Notiz von Reusch auf dem Schreiben Blank an Reusch vom 13. 4. 1933), 15. 4. 1933, und Blank an Reusch, 18. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁴ Reusch an Hilbert (GHH, Oberhausen), 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a, mit dem Auftrag, den Entwurf einer Vollmacht zu erarbeiten.

⁹⁵ Reusch an Brandt, 22. 4. 1933; vgl. Reusch an Haindl, 22. 4. 1933, mit der Bitte, Karl Ludwig Frhr. v. Guttenberg (Bruder des Landesleiters des Bayerischen Heimat- und Königsbundes) zu informieren, in: RWWA, 130-4001012007/7.

⁹⁶ Reusch an Himmler, 22. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁷ Reusch an Haindl, 27. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁸ Reusch an Himmler, 26. 4. 1933, in: Ebenda.

machtbewusste Ruhr-Magnat Reusch sich dazu durchgerungen hatte, sich ganz auf die Terminwünsche Himmler einzustellen⁹⁹, zeigte dieser ihm fortan die kalte Schulter.

Reusch erhielt Anfang Mai – in rechtsverbindlicher Form, wie er meinte – die „Vollmacht über die Vertretung der Geschäftsanteile der Knorr & Hirth GmbH“¹⁰⁰. Zu seiner Überraschung wurde diese Vollmacht jedoch schon vier Tage nach ihrer Zustellung widerrufen¹⁰¹. Ein Vorstandsmitglied dieser ehrwürdigen Gesellschaft war verhaftet worden, ein weiteres Vorstandsmitglied, „welches die bekannte Vollmacht für Herrn Dr. Paul Reusch ausstellte, im Causalzusammenhang mit dieser Vollmachtserteilung“¹⁰² mit Berufsverbot belegt worden. Die bayerischen Anwälte machten sich, von der Politischen Polizei unter Druck gesetzt, das neue Willkür-„Recht“ sofort zu eigen, belehrten die Ruhr-Industriellen ausführlich über die neuen rechtlichen Möglichkeiten „der Staatsmacht“ und baten, ihnen daher wegen des Widerrufs der Vollmacht keine Vorwürfe zu machen¹⁰³. Reusch durchschaute das erpresserische Spiel der NS-Behörden. Die Zurückforderung der Vollmachten sei zweifellos auf Veranlassung der Politischen Polizei erfolgt¹⁰⁴. Trotzdem wich er vor der Erpressung zurück.

Bei diesem Entschluss hat vermutlich eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, dass der Bayerische Industriellenverband ihn auf die Drohungen gegen die prominenten Rechtsanwälte hingewiesen hatte¹⁰⁵. Reusch nahm diese Mitteilungen zum Anlass, die Verhandlungen mit der Politischen Polizei abzubrechen¹⁰⁶. Gegenüber Himmler rechtfertigte er sich in einem ausführlichen Schreiben: Die Vollmacht sei „ausdrücklich an die Bedingungen geknüpft [gewesen], dass die Beschlagnahme aufgehoben ist, sodass ein Verstoß gegen die Verordnung der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April 1933 nicht vorliegt“¹⁰⁷. Reusch stellte die von der NS-Regierung geschaffene neue „Rechts“-Lage auch nicht andeutungsweise in Frage und schloss sein Schreiben in einer für ihn ganz ungewöhn-

⁹⁹ Büro Reusch an Himmler, 29. 4. 1933, Reusch an Himmler, 29. 5. 1933, und Reusch an Haindl, 30. 5. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁰ Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerischer Rechtsanwälte, 3. 5. 1933, in: Ebenda. Die Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerische Rechtsanwälte AG verwaltete treuhänderisch die Knorr & Hirth-Anteile des Bergbau-Vereins in Essen. Sie musste deshalb Reusch Vollmacht erteilen, damit er auch als Interessenvertreter für diese Anteile auftreten konnte.

¹⁰¹ Büro Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand (Bestätigung des Widerrufs-Telegramms), 7. 5. 1933, und Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand, 9. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹⁰² Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerischer Rechtsanwälte an Verein für die Bergbaulichen Interessen, Essen, 23. 5. 1933, Anlage zu: Reusch an Haniel, 2. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Reusch an Haniel, 29. 6. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁵ Otto Meyer an Reusch (o. D.), Abschrift davon als Anlage zu Reusch an Haniel, 2. 6. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁶ Reusch an Haniel (o. D., vermutlich Anfang Juni 1933), in: Ebenda.

¹⁰⁷ Reusch an Himmler, 3. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

lich defensiven, fast schon resignierten Tonalität: „Ich wäre dankbar, wenn Sie die gegen Treuhandgesellschaften getroffenen Maßnahmen rückgängig machen würden und darf wohl weiterhin feststellen, dass der am 25. April geschlossene Waffenstillstand meinerseits nicht gebrochen wurde.“¹⁰⁸

Rückblickend erscheint es vernünftig, dass Reusch gegen die Willkürmaßnahmen der Politischen Polizei keine rechtlichen Schritte einleitete. Es gab in dieser frühen Phase jedoch durchaus noch Alternativen zur vollständigen Kapitulation vor dem Terror. Die Machtstellung Himmlers und Heydrichs war noch nicht so gefestigt, dass sie sich auch gegenüber der Justiz jederzeit hätten durchsetzen können. Das zeigte sich bei dem gegen die inhaftierten Redakteure und Verlagsdirektoren angestregten Strafverfahren. Das von Himmlers Politischer Polizei zusammengetragene Belastungsmaterial wurde am 17. Mai 1933 dem Sonderdezernat der Staatsanwaltschaft am Bayerischen Obersten Landgericht, München, zugeleitet. Aber der für eine Anklageerhebung zuständige Oberreichsanwalt in Leipzig stellte in den Fällen Cossmann und Betz das Ermittlungsverfahren ein. Im Fall Aretin lehnte das Reichsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.¹⁰⁹

Reuschs Rückzug auf eine Beobachterrolle

Aus verschiedenen Indizien der mittlerweile sehr vorsichtig gewordenen Korrespondenz lässt sich schließen, dass Haniel Reusch bedrängte, sich aus dem Streit um die Zeitung herauszuhalten. Nur durch vollständige Akzeptanz der Neuorganisationspläne der NSDAP schien die Aufhebung der Beschlagnahme der Verlagsanteile und die Freilassung der verhafteten Anwälte der Deutschen Allgemeinen Treuhand erreichbar. Reusch informierte Haniel über sein Schreiben an Himmler¹¹⁰ und bezog sich ausdrücklich auf dessen Wunsch, als er ihm mitteilte, dass er „mit Rücksicht auf [Haniels] Stellung als Kommissar der Bayerischen Politischen Polizei [seine] Bemühungen um Freigabe der Sperre auf die Anteile von Knorr & Hirth zunächst einstelle“¹¹¹. Haniel bedankte sich postwendend: Dies werde die Lage sofort entspannen und die Bemühungen um die Befreiung der Anwälte erleichtern. Tatsächlich wurden die Anwälte wenig später aus der Haft entlassen.¹¹²

Wenn man bedenkt, dass Reusch seinen Aufsichtsratsvorsitzenden wenige Wochen zuvor in geradezu verletzendem Stil kritisiert hatte, weil er als Kommissar der NS-Regierung nicht gleichzeitig die Interessen der Anteilseigner vertreten

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Vgl. Hoser, *Münchner Tagespresse*, S. 1016–1018, und Reinhold Rumphorst, *Journalisten und Richter. Der Kampf um die Pressefreiheit zwischen 1920 und 1970*, Konstanz 2001, S. 71 f.

¹¹⁰ Vgl. Reusch an Haniel, 25. 6. 1933, Haniel an Reusch, 27. 6. 1933, und Reusch an Haniel, 29. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹¹¹ Reusch an Haniel, 26. 6. 1933, und Reusch an Haniel, 25. 6. 1933, in: Ebenda.

¹¹² Vgl. Haniel an Reusch, 27. 6. 1933 (im Unterschied zu den oben zitierten Dokumenten ist hier von zwei verhafteten Anwälten die Rede), Haniel an Reusch, 17. 7. 1933, und Reusch an Haniel, 19. 7. 1933, in: Ebenda.

könnte, so beleuchtet dieser Rückzug den Lern- und Anpassungsprozess, den der Vorstandsvorsitzende des GHH-Konzerns in diesen Wochen durchgemacht hat. Durch die „Gleichschaltungen“ in allen gesellschaftlichen Bereichen und durch das offensichtliche Scheitern der von Papen großspurig verkündeten „Einrahmungs“-Strategie fühlte Reusch sich in seinen Handlungsspielräumen so eingengt, dass er sich als Unternehmer vollständig dem Primat der Politik unterwarf. Nur intern gab er bisweilen noch sein Unbehagen zu erkennen. Dass der Kurs totaler Anpassung schon in dieser frühen Phase ohne Alternative war, darf bezweifelt werden.

Während die offiziellen Interessenverbände dem Sog der Gleichschaltung bereits vollständig erlegen waren, blieb die „Ruhrlade“, der geheimnisvolle Zirkel der zwölf einflussreichsten Schwerindustriellen, unangetastet. Reusch, der als Schriftführer für Terminpläne und Einladungen verantwortlich war, bemühte sich 1933 die 1932 im Anschluss an die Gelsenberg-Affäre aufgetretenen Risse zu kitten. Gleichzeitig brüskierte er aber seine Kollegen, indem er zu den von ihm selbst einberufenen Sitzungen nicht erschien. Weder am 8. Mai bei Hoesch-Chef Fritz Springorum in Dortmund, noch am 12. Juni bei Silverberg war Reusch anwesend. Die Einberufung der Ruhrladesitzung auf den „Hoverhof“ des jüdischen Braunkohlenindustriellen Silverberg konnte durchaus als Akt demonstrativer Solidarität mit dem jüdischen Kollegen verstanden werden¹¹³. Umso unverständlicher ist Reuschs Absage gerade für dieses Treffen. Sein Entschuldigungsgrund, dass er an diesem Tag in der Schweiz sein müsse, wie er Springorum schreibt, wirkt wenig überzeugend¹¹⁴.

In auffälligem Kontrast zu dem distanzierten Umgang mit Silverberg steht Reuschs Bemühen um gut Wetter im Verhältnis zu Reichsbankpräsident Schacht. Reuschs GHH zählte zu den vier an der Aufrüstung besonders interessierten Großfirmen, die das Aktienkapital der „Metallurgischen Forschungsgesellschaft m. b. H (Mefo)“ von insgesamt einer Million Reichsmark zeichneten. Diese „Ersten Adressen“ der deutschen Wirtschaft waren neben der GHH: Krupp¹¹⁵, Siemens und Rheinmetall. Bereits Ende Juli wurde dem Vertreter der GHH in Berlin Martin Blank die notarielle Vollmacht erteilt, für die GHH einen Stammanteil von 200.000 Reichsmark an der „Mefo“ zu übernehmen¹¹⁶. Ende Juli 1933 existierte die „Mefo m. b. H.“ bereits – einschließlich Briefkopf und Berliner Adresse – und bat die GHH „gemäß mündlicher Absprache“ um sofortige Über-

¹¹³ Vgl. Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP*, S. 194.

¹¹⁴ Vgl. Reusch an Silverberg, 15. 5. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15, und Reusch an Springorum, 15. 5. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15; im Terminplan 10.–13. 6. 1933 rein private Termine, vgl. RWWA, 130-400101292/3.

¹¹⁵ Zur Beteiligung von Krupp vgl. Werner Abelshäuser, *Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1951*, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung*, Berlin 2002, S. 272 ff.

¹¹⁶ Vgl. die vom Oberhausener Notar Dr. Blumberg beglaubigte Vollmacht vom 26. 7. 1933; Hilbert, Brandt (GHH Oberhausen) an Notar Richter, Berlin, (Übersendung der Vollmacht, mit Verweis auf den „Vorgang“ für Reusch), 28. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

weisung von 50.000 RM¹¹⁷. Die Verhandlungen über die Beteiligung an diesem fiskalpolitischen Experiment müssen bereits Wochen vorher im Gang gewesen sein. Dass Reusch – noch bei Luthers Entlassung ein bekennender Konservativer in Geld- und Währungsfragen – sich so massiv an dieser inflationären Methode der Kreditfinanzierung beteiligte¹¹⁸, zeigt, dass er genau abschätzen konnte, worauf es ankam, wenn man Geschäfte machen wollte. Bei den Verhandlungen mit Schacht im Juni 1933 wäre ein allzu enger Kontakt mit den prominenten Juden Silverberg und Kastl eher hinderlich gewesen¹¹⁹.

Kein Zweifel: Reusch stellte die GHH dem Regime frühzeitig als Aushängeschild zur Verfügung. Gegenüber engen Vertrauenspersonen gab er gleichzeitig intern seine Vorbehalte gegenüber dem Regime zu erkennen. Mit der den Unternehmern abgepressten „Adolf-Hitler-Spende“ fand er sich nur „wohl oder übel“ ab¹²⁰. Seinen ganzen Unmut über die Beschlagnahme der GHH-Anteile packte er in einen langen Brief an seinen Freund Luther, den ehemaligen Reichsbankpräsidenten und neuen Botschafter in Washington¹²¹.

Einen Monat später vertraute er sich Luther noch einmal an, um zu begründen, dass er Walter Adametz, den Ex-Geschäftsführer des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“, nicht bei den MNN unterbringen könne: „Ich habe diese Stadt [München] vorläufig von meiner Landkarte gestrichen und habe es aufgegeben, mich über die Dinge dort zu ärgern. Das Traurige ist nur, dass verschiedene Leute, die nach meiner Ansicht völlig unschuldig sind, seit Monaten in Haft gehalten werden, ohne dass es möglich ist, für sie irgendetwas zu tun.“¹²² Gerade am Fall Adametz wird jedoch deutlich, dass der Großunternehmer durchaus noch über Möglichkeiten verfügte, für die Mitarbeiter in seinem Umfeld „etwas zu tun“. Auf Luthers Bitte hin gab Reusch sofort die Zusage, sich um die Unterbringung von Adametz zu kümmern; schon wenige Wochen später konnte er ihm mitteilen, dass Adametz zumindest bis zum Jahresende bei einer großen Bank versorgt sei¹²³.

Die Situation der Verhafteten

Freiherr von Gebsattel, bis zu seiner Verhaftung Reuschs wichtigste Vertrauensperson in München, wurde bereits am 11. April wieder entlassen, allerdings gleichzeitig auf sein Schloss Gebsattel verbannt und mit Berufsverbot belegt. Es

¹¹⁷ Mefo m.b.H. an Blank, 27. 7. 1933, Blank an Reusch (mit der Bitte zu überweisen), 28. 7. 1933, und Reusch an Blank (Empfangsbestätigung), 29. 7. 33, in: Ebenda.

¹¹⁸ Vgl. Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1988, S. 156 f.

¹¹⁹ Zu Kastl, der Reusch um Vermittlerdienste bei Schacht bat und von Reusch hingehalten wurde, vgl. Blank an Reusch, 9. 6. 1933, und Reusch an Blank, 11. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

¹²⁰ Reusch an Haniel, 15. 6. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15.

¹²¹ Reusch an Luther, 14. 8. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

¹²² Reusch an Luther, 15. 9. 1933, in: Ebenda.

¹²³ Luther an Reusch, 11. 8. 1933, Reusch an Luther, 15. 8., 11. 9. und 15. 9. 1933, in: Ebenda.

wirft ein bezeichnendes Licht auf den Grad seiner Abhängigkeit von Reusch, dass er ihn bat, die Unterschriften zu billigen, die er am Ende seiner Haft geleistet und mit denen er versichert hatte, dass er sich nach Entlassung aus der „Schutzhaft“ selbst schützen könne. Gebattel hielt diese für Unsinn und bot Reusch an, wieder in die Haft zurückzukehren, falls dieser die Unterschriften beanstanden sollte¹²⁴.

Reusch blieb mit Gebattel zunächst in Kontakt. In seinem Gespräch mit Himmler am 25. April erreichte er zwar die Aufhebung der Verbannung¹²⁵, er ließ ihn aber wissen, dass er ihn „mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit gewisser Kreise absichtlich bei den weiteren Verhandlungen mit Herrn Himmler“¹²⁶ ausgeschlossen habe. Geschäftlich brauchte er Gebattel jetzt nicht mehr. Der Freiherr wurde zum Versorgungsfall und bekam dies auch in der Korrespondenz deutlich zu spüren. Reusch verwies ihn an die zuständigen Dienststellen in der GHH-Verwaltung in Oberhausen, machte ihm aber wenig Hoffnung: „Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, Ihnen die gewünschte Hilfe angedeihen zu lassen.“¹²⁷ Auf eine erneute Anfrage Gebattels reagierte er gereizt. Er habe seine Mitarbeiter angewiesen, ihm die Entscheidung mitzuteilen, wenn sie gefallen sei. „Ich bitte Sie, diese Entscheidung als endgültig anzusehen.“¹²⁸

Büchner, seine engste Vertrauensperson in der Redaktion der MNN, musste sich von Reusch nach seiner Entlassung aus der Haft sogar vorhalten lassen: „Hätte man mir gefolgt und meine Anregungen berücksichtigt, dann wäre es nicht soweit gekommen.“¹²⁹ Danach empfahl er ihm, sich an den Sonderkommissar Karl Haniel zu wenden; er selbst habe keinen Einfluss, solange die Kommissare der Politischen Polizei eingesetzt seien¹³⁰.

Als Büchner, wie seine noch inhaftierten Kollegen, Ende April von dem gleichgeschalteten Verlag seine Kündigung erhielt, nahm er dies zum Anlass für einen bitteren Abschiedsbrief: „Ich bin schon einmal, am Ende meiner Freikorpszeit, von der deutschen Republik, damals allerdings in anständigeren Formen, an die Luft gesetzt worden. Dass abgeschlossene Privatverträge heutzutage so billig werden, hätte ich jedoch nicht ohne weiteres gedacht.“¹³¹ Um Unterstützung bat Büchner nicht. Reusch gab das Schreiben kommentarlos an Karl Haniel weiter.

Auch Verlagsdirektor Betz wurde bereits Mitte April – allerdings nur vorübergehend – aus der Haft entlassen, musste aber Bayern verlassen, und jeder Kontakt mit Verlagsangehörigen wurde ihm verboten. Reusch besuchte ihn in seinem „Exil“ in Leutkirch (Württemberg) und versuchte, ihm Mut zu machen. Als Betz ihn darauf hinwies, dass ihm „dieses verbotene [...] Zusammensein“ gefährlich

¹²⁴ Gebattel an Reusch, 12. 4. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

¹²⁵ Reusch an Gebattel, 23. und 30. 4. 1933, in: Ebenda.

¹²⁶ Reusch an Gebattel, 4. 5. 1933, in: Ebenda.

¹²⁷ Reusch an Gebattel, 17. 6. 1933, in: Ebenda.

¹²⁸ Reusch an Gebattel, 1. 7. 1933 (vgl. auch 3. 7. 33), in: Ebenda.

¹²⁹ Reusch an Büchner, 10. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁰ Reusch an Büchner, 19. 4. 1933, in: Ebenda.

¹³¹ Büchner an Reusch, 28. 4. 1933, Anlage zu Reusch an Haniel, 29. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

werden könnte, verließ ihn Reusch sofort¹³². Nach drei Wochen Haft war Betz ein gebrochener Mann. Reusch schrieb Haniel, er habe ihn „in einer ziemlich zerfledderten Verfassung“ und in panischer Angst vorgefunden, wegen Reuschs „Anwesenheit, sofort wieder verhaftet zu werden“. Daher möge ihm auch Haniel „ein paar beruhigende Worte“ schreiben¹³³. Reusch seinerseits versuchte, Betz Hoffnung zu machen, „dass sich die Dinge wieder in irgendeiner Form einrenken“ werden. Wenn Betz „ein ruhiges Gewissen“ habe, brauche er bestimmt nicht zu befürchten, noch einmal verhaftet zu werden¹³⁴. Von konkreter Hilfe war aber in keinem dieser unverbindlichen Schreiben die Rede.

Mitte Mai wurde der ehemalige Verlagsdirektor wieder verhaftet und danach für viele Monate im Gefängnis gehalten¹³⁵. Die Frau des Verhafteten wurde mit einem kurzen Schreiben aus Reuschs Büro – nicht von ihm persönlich! – abgepeist: Der GHH-Chef wisse nichts über die Gründe der Verhaftung; sobald er etwas erfahre, werde er berichten¹³⁶. Am gleichen Tage fand Reusch wenigstens Zeit für ein kurzes persönliches Schreiben an Freifrau von Aretin, die einen verzweifelten Brief über das Schicksal ihres verhafteten Mannes an ihn gerichtet hatte. Der Inhalt war aber genau so nichtssagend wie das Schreiben seines Büros an Frau Betz¹³⁷.

Es ist unübersehbar, dass Reusch bei seinem Einsatz für die Verhafteten sehr selektiv vorging. Für Freiherrn von Gebattel setzte er sich in seinem Gespräch mit Himmler persönlich ein, die Verhaftung von prominenten Münchner Rechtsanwälten veranlasste ihn zu einem abrupten Rückzug in seinem Streit um die Verlagsanteile, hinsichtlich der verhafteten Redakteure und Verlagsmitarbeiter finden sich dagegen nirgendwo Hinweise auf eine energische Intervention bei den NS-Behörden. Diese selektive Vorgehensweise wird am Fall der Feuilleton-Redakteurin Dora Federschmidt besonders offenkundig. Ihr Schicksal galt den Mitarbeitern der Zeitung als besonders tragisch, da sie sich politisch nie exponiert hatte und lediglich durch eine Intrige der Frau des NS-Kommissars Hausleiter in Haft geraten war¹³⁸. Doch handelte sich der ehemalige Chefredakteur Büchner gerade in ihrem Fall eine glatte Abfuhr durch Reusch ein: „Was Ihren Schützling, Fräulein Dora Federschmidt, betrifft, so höre ich zum ersten Mal den Namen dieser Dame, so dass ich kein richtiges Mandat habe, mich für sie zu verwenden.“¹³⁹

Aus der Position des Nichts-Tun-Könnens, auf die sich Reusch im Sommer zurückgezogen hatte, erkundigte er sich von Zeit zu Zeit nach dem Schicksal von Regimegegnern, nicht nur aus dem Bereich seines Konzerns. Ende August fragte

¹³² Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 41.

¹³³ Reusch an Haniel, 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹³⁴ Reusch an Betz, 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁵ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 41 f.

¹³⁶ Büro Reusch an Frau Anna Betz, 22. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁷ Reusch an Freifrau v. Aretin, 22. 5. 1933, in: Ebenda.

¹³⁸ Vgl. dazu Erwein von Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes, hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955, S. 210 f.

¹³⁹ Reusch an Büchner, 19. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

er seinen Duzfreund Robert Bosch, was aus dem Heilbronner Journalisten Paul Distelbarth geworden sei, der sich in enger Abstimmung mit dem Stuttgarter Industriellen für die Verständigung mit Frankreich eingesetzt hatte. Zunächst meinte Reusch, ihn nicht näher bezeichneten Berliner Stellen empfehlen zu können, nahm dann aber resignierend davon Abstand: „Unter den vorliegenden Umständen ist es allerdings unmöglich, Herrn Distelbarth weiter offiziell anzusetzen. Es ist schade um den Mann.“¹⁴⁰ Reusch bekräftigte diese Absage in zwei weiteren Schreiben. In diesem Fall blieben auch Robert Boschs Bemühungen erfolglos. Distelbarth konnte sich nur durch die Flucht nach Frankreich der Verhaftung entziehen. Bosch selbst und das Management seines Konzerns halfen aber – anders als Reusch – in vielen anderen Fällen Verfolgten, sei es durch Einstellung in eine Firma des Konzerns, sei es, vor allem bei Juden, durch Unterstützung bei der Auswanderung¹⁴¹.

Cossmann, Betz und Aretin waren auch im Herbst 1933 noch in Haft. Reusch erfuhr im Juli aus der Feder Haniels, „dass die in Schutzhaft genommenen Herren und ihre Angehörigen von mir auf einem Wege mit den erforderlichen Mitteln versehen werden, der der Öffentlichkeit allerdings unbekannt bleiben muss“¹⁴². Aretin erwähnt in seinen Memoiren nichts davon. Reusch nahm Anteil, unternahm aber aus Gründen der Verhandlungstaktik in dem schwebenden Verfahren über die beschlagnahmten Verlagsanteile keine aktiven Schritte, „welche dahin ausgelegt werden könnten, dass ich im gegenwärtigen Augenblick in die Angelegenheit eingreife“¹⁴³. Auch als sich die Freilassung weiter verzögerte, blieb Reusch bei seiner Linie: „Ich kann mir nach Lage der Verhältnisse von einem Eingreifen meinerseits zugunsten der Verhafteten nichts versprechen. [...] Ich kann vorläufig nichts anderes tun, als beiseite zu stehen.“¹⁴⁴ Offenbar bemühten sich zu diesem Zeitpunkt außer Gebtsattel und Haniel noch andere Persönlichkeiten um die Freilassung der Münchner Gefangenen¹⁴⁵; in diesen Kreisen sprach man sich anscheinend durchaus etwas von einer Intervention des Großindustriellen Reusch, der dazu wohl auch aufgefordert wurde.

Erst im November kam Bewegung in die Sache. Reusch fragte seinen Aufsichtsratsvorsitzenden, ob die „Münchner Verhafteten“ nach der Niederschlagung der Anklage beim Leipziger Reichsgericht jetzt freikämen¹⁴⁶. In seiner Antwort vom 11. November erging sich Haniel zunächst in Selbstmitleid: „Ich habe in den letzten Wochen in dieser Sache mehr geschrieben und telephoniert als je in einer anderen und möchte hoffen, dass diese Last nunmehr endgültig von mir genom-

¹⁴⁰ Reusch an Bosch, 7. 9. 1933, vgl. auch Reusch an Bosch, 26. 8. und 2. 9. 1933, in: RWWA, 130-400101290/43.

¹⁴¹ Vgl. Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, S. 126 f., S. 149 ff. u. S. 265–283.

¹⁴² Haniel an Reusch, 24. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹⁴³ Reusch an Gebtsattel, 17. 10. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

¹⁴⁴ Reusch an Gebtsattel, 4. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁵ Vermutlich vor allem Reichsstatthalter von Epp (Hinweis von Karl Otmar Freiherr v. Aretin an den Vf., 9. 7. 2004).

¹⁴⁶ Reusch an Haniel, 4. 11. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

men wird.¹⁴⁷ Für die folgende Woche rechnete er mit der Entlassung der Gefangenen. Reusch erfuhr in diesen Tagen aus anderer Quelle, dass nur Betz entlassen worden war, Aretin aber in das Konzentrationslager Dachau verlegt worden sei. Vom Katharinenhof aus wünschte er Haniel etwas süffisant, dass er mit seinem Optimismus Recht behalten möge, drängte aber zugleich auf eine etwas härtere Gangart gegenüber den NS-Behörden: „Sollten die Ihnen gemachten Zusagen nicht erfüllt werden, so sehe ich wirklich keine andere Lösung, als dass Sie in irgendeiner Weise gegen das Vorgehen der Politischen Polizei demonstrieren.“¹⁴⁸ Es bleibt unklar, an welche Art von „Demonstration“ Reusch hier dachte; zu fragen ist jedoch, warum er selbst sich nicht zu einem „demonstrativen“ Schritt durchringen konnte. Haniel ging auf die Anregung nicht ein, sondern stellte erneut seine Verdienste um die Freilassung von Verlagsdirektor Betz in den Vordergrund, die ihm „viel Mühe gemacht“ habe. Nur der „Nicht-Arier“ Cossmann und der bayerische Monarchist Aretin blieben weiter in Haft¹⁴⁹, wie er Reusch am 15. November schrieb.

Reusch schickte Betz kurz nach dessen Entlassung einen unpersönlichen Vierzeiler: „Ich stelle anheim, zunächst mit Herrn Haniel Ihre persönlichen Angelegenheiten zu besprechen.“¹⁵⁰ Nach den Erfahrungen vom März, als Haniels Taktik gegenüber den NS-Machthabern gerade bei Betz Entsetzen ausgelöst hatte, dürfte diese Empfehlung kaum Anlass zur Hoffnung gegeben haben. Zu Weihnachten nahm Reusch sich die Zeit für ein paar Zeilen mehr. Er habe es mit „Erleichterung“ aufgenommen, dass Betz „wieder Lebensmut gefasst [habe] und entschlossen [sei], sich eine neue Existenz aufzubauen“. Ein konkretes Angebot machte er aber nicht, er machte ihm auch für spätere Zeiten keine Hoffnung, dass er ihn im Konzern würde unterbringen können. Schließlich drückte er sein Bedauern aus, dass Betz' „Gesundheit im Gefängnis gelitten“ habe, und wünschte ihm „baldige völlige Genesung und volle Wiederherstellung [der] alten Arbeitskraft“, verbunden mit den besten Wünschen für den Jahreswechsel auch an die Frau Gemahlin¹⁵¹.

Der ehemalige Chefredakteur Büchner, der sich im April nach der Kündigung in so bitterem Ton von Reusch verabschiedet hatte, erhielt Ende 1933 wenigstens wieder die polizeiliche Erlaubnis, sich außerhalb Münchens frei zu bewegen. In seinem Beruf als Journalist konnte er aber nicht mehr arbeiten. Im Herbst erkundigte er sich bei Reusch nach dem Schicksal der anderen Inhaftierten und erhielt die Auskunft, dass über den Stand der Verfahren gegen die noch inhaftierten Redakteure nichts bekannt sei. „Ich möchte nur wünschen“, so fuhr Reusch fort, „dass es Ihnen gelingt, in absehbarer Zeit eine andere Tätigkeit zu finden.“¹⁵² Aber auch hier hatte der Chef des GHH-Konzerns nichts anzubieten. Büchners

¹⁴⁷ Haniel an Reusch, 11. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁸ Reusch an Haniel, 14. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁹ Haniel an Reusch, 15. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁵⁰ Reusch an Betz, 21. 11. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹⁵¹ Reusch an Betz, 22. 12. 1933, in: Ebenda.

¹⁵² Reusch an Büchner, 21. 10. 1933, in: Ebenda. Büchners Schreiben findet sich nicht in den Akten.

Lage war im Februar 1934 so verzweifelt, dass er sich noch einmal mit einem Hilferuf an Reusch wandte: „Die verschiedenen Versuche, mir eine neue wirtschaftliche Existenz zu gründen, sind bisher fehlgeschlagen. Ich habe verlernt, mich darüber zu wundern. Denn ich weiß aus meinen Erfahrungen 1919/20, was es bedeutet zu den ‚Geächteten‘ zu gehören. Wenn ich mich noch einmal an Sie wende, so deshalb, weil ich glaube, dass Sie mich kennen, meine Fähigkeiten und meine Fehler, und wissen, wer ich bin. Und meine Frage ist einfach die, ob Sie aus dieser Kenntnis heraus eine Möglichkeit sehen, dass ich in den großen Unternehmungen, die Sie leiten, an irgendeiner Stelle nützliche Arbeit leisten kann.“¹⁵³ Büchner hielt sich in Berlin Mitte Februar für ein Gespräch mit Reusch bereit, aber – ganz unaufdringlich – „nur für den Fall, dass Sie diese Frage nicht von vornherein verneinen“. Von Haniel, an den Reusch alle Bitten um Unterstützung weiterleitete, erhoffte Büchner sich nichts: „Herr Haniel hat mir zwar seinerzeit geschrieben, dass er die Frage meiner Vertragsauflösung noch nicht als erledigt ansehe, aber gehört habe ich seitdem nichts mehr davon.“¹⁵⁴

Ob es zu dem von Büchner erbetenen Treffen in Berlin kam, ist nicht bekannt. Zu dieser Zeit, im Februar 1934, wusste Reusch, dass sich der Auftragseingang „in den großen Unternehmungen, die er leitete“, noch wesentlich günstiger entwickelte als im Vorjahr und dass Einstellungen in großem Umfang angelaufen waren¹⁵⁵. Betz berichtet, Reusch habe Büchner den Auftrag gegeben, die Geschichte der GHH zu schreiben¹⁵⁶. Aus diesem Projekt wurde aber offenbar nichts. Büchner starb im Krieg als Major eines Pionierbataillons.

Aretin wurde im November 1933 in das KZ Dachau verlegt und dort schwer misshandelt. Dass er den Aufenthalt in Dachau überlebte, ist dem hartnäckigen Einsatz des Reichsstatthalters von Epp zu verdanken, der sich immer wieder telefonisch nach seinem Wohlergehen erkundigte¹⁵⁷. Ende März 1934 kam Aretin wegen seiner angeschlagenen Gesundheit in das Gefängnis-Sanatorium Neu-Wittelsbach, wo er bis zu seiner Freilassung im Mai 1934 blieb¹⁵⁸. Danach wandte auch er sich mehrfach brieflich an Reusch und Haniel. Die beiden Großindustriellen schoben sich diese Schreiben – wie auch weitere Briefe des ehemaligen

¹⁵³ Büchner an Reusch, 4. 2. 1934, Abschrift: Anlage zu Reusch an Haniel, 9. 2. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Vgl. Kellermann an Reusch, 6. 2. 1934, und Reusch an Kellermann, 8. 5. 1934, in: RWWA, 130-4001012003/15. Danach stieg die Belegschaft von 15190 (1. 1.) auf 17363 (1. 5.). Reusch forderte Kellermann auf, diesen Anstieg unter Kontrolle zu halten; vgl. Haniel an Reusch, 31. 8. 1933, Reusch an Haniel, 3. 9. 1933, in: RWWA, 4001012000/4a, und Reusch an Haniel, 25. 4. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b.

¹⁵⁶ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 42.

¹⁵⁷ Wie sehr das Leben Aretins gefährdet war, geht auch aus der Tatsache hervor, dass er auf der Liste der am 30. 6. 1934 in Dachau Ermordeten stand: Brief von Karl Otmar Freiherr von Aretin an den Vf., 9. 7. 2004.

¹⁵⁸ Haniel an Reusch, 27. 3. 1934, und Reusch an Haniel, 30. 3. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b; vgl. Aretin, Krone und Ketten, S. 274–328, mit erschütternden Beschreibungen über die Zustände im KZ Dachau.

Verlagsdirektors Betz – gegenseitig zu¹⁵⁹. Ende September 1934 fragte Reusch, offenbar nach einem erneuten Hilferuf von Aretin, seinen Aufsichtsratsvorsitzenden: „Was soll ich dem Mann nunmehr antworten?“¹⁶⁰ Nachdem Reusch Anfang November eine Antwort angemahnt hatte, machte Haniel einen Vorschlag. Zunächst stellte er seine Bemühungen um Aretin in den Vordergrund: Er habe „zur Befreiung Baron Aretins und zur Unterstützung seiner Familie während „seiner Inhaftierung nach [seinem] Empfinden das Äußerste getan, was [er] zu tun in der Lage war. Das sollte eigentlich Herrn von Aretin veranlassen, sich etwas wohlwollender mit [seiner] Person zu beschäftigen.“¹⁶¹ Haniel schlug in diesem Fall eine harte Gangart vor: „Wenn ich auf einen höchst merkwürdigen Brief, den er mir aus der Schutzhaft auf mir unbekanntem Wege zustellen ließ, nicht geantwortet habe und auch später keine Veranlassung fand, mit ihm zusammenzutreffen, so habe ich dazu meine guten Gründe. Zu helfen ist ihm, wie die Dinge liegen, durch Beschaffung einer geeigneten Stellung im In- oder Auslande zur Zeit nicht, und ihm lediglich Gelegenheit zu geben, sich über sein Schicksal zu beklagen, halte ich für ebenso unerfreulich wie unfruchtbar. Ich würde Ihnen daher dankbar sein, wenn auch Sie ihn dahin beschieden, dass Sie zur Zeit keine Möglichkeit sähen, eine Wiedergutmachung für ihn zu erreichen oder eine Anstellung zu finden, dass Sie daher eine Zusammenkunft für zwecklos hielten, aber in Anbetracht seiner 10-jährigen Tätigkeit bei den M. N. N. keine Gelegenheit vorübergehen lassen würden, ihm zu helfen, wenn diese sich Ihnen böte.“¹⁶²

Reusch kam dieser Vorschlag offenbar sehr gelegen. Drei Tage später erteilte er dem ehemaligen Redakteur eine glatte Abfuhr: „Nachdem die Anteile von Knorr & Hirth noch beschlagnahmt sind und ich infolgedessen dort in keiner Weise etwas zu sagen habe, ist es mir beim besten Willen nicht möglich, Ihrer Forderung auf Rehabilitierung gegenüber Knorr & Hirth in irgendeiner Form zu entsprechen. Ich bin daher nach wie vor der Ansicht, dass ein Zusammentreffen zurzeit zwecklos ist. Dass es im übrigen für mich unmöglich ist, Ihnen in Ihrem eigentlichen Berufe zurzeit irgendeine Stellung zu verschaffen, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Ich kann Ihnen daher vorläufig irgendwelche Aussichten auf eine Anstellung nicht machen. Es hat keinen Zweck, bei Ihnen irgendwelche Hoffnungen zu erwecken, die ich in gegenwärtiger Zeit voraussichtlich ja doch nicht erfüllen kann.“¹⁶³ Gegenüber dem bayerischen Monarchisten

¹⁵⁹ Reusch an Haniel, 31. 3. 1934, Haniel an Reusch, 14. 6. 1934, Reusch an Haniel 15. 6. 1934 (Schreiben von Betz und Aretin postwendend zurück), und Reusch an Haniel, 29. 7. 1934, in: RWVA, 130-4001012000/4b. Die als Anlagen beigefügten Schreiben von Betz und Aretin nicht in den Akten.

¹⁶⁰ Reusch an Haniel, 22. 9. 1934, in: Ebenda. Auch hier fehlt der als Anlage beigefügte Briefwechsel mit Aretin in den Akten.

¹⁶¹ Haniel an Reusch, 12. 11. 1934, in: Ebenda.

¹⁶² Ebenda.

¹⁶³ Reusch an Aretin, 15. 11. 1934, in: RWVA, 130-4001012007/7; Abschrift dieses Schreibens als Anlage zu: Reusch an Haniel, 15. 11. 1934, in: RWVA, 130-4001012000/4b.

konnte sich der GHH-Chef nicht einmal zu guten Wünschen durchringen. Aretin blieb bis 1945 aus München verbannt und mit Berufsverbot belegt¹⁶⁴.

Cossmann, der jüdischer Abstammung war, blieb bis zum Sommer 1934 im Gefängnis. Offenbar konnte er auch nach seiner Freilassung die Kontakte zu den Anteilseignern, deren Vertrauensmann im Verlag Knorr & Hirth er jahrelang gewesen war, nicht wieder anknüpfen. Es finden sich in den Quellen keinerlei Hinweise, dass Reusch oder Haniel Kontakt mit ihm aufgenommen hätten. 1941 wurde er wieder verhaftet, er kam zunächst in ein Sammellager für Juden in München und wurde dann in das KZ Theresienstadt deportiert, wo er 1942 starb¹⁶⁵.

Die Übernahme der Anteile durch den Eher-Verlag der NSDAP

Die Besetzung des Schriftleiterpostens bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“ blieb lange Zeit in der Schwebe. Aspiranten gab es viele. Die Entscheidung in dieser Personalfrage lag beim NS-Kommissar Hausleiter, der in den innerparteilichen Machtkämpfen zunächst die Oberhand behielt. Hausleiter konnte sich seiner Stellung aber keineswegs sicher sein und suchte deshalb die Unterstützung der alten Anteilseigner. Im vornehmen Berliner Herrenclub trat er in SS-Uniform auf, wie Reuschs Intimus Martin Blank süffisant bemerkte. Er wurde nicht müde zu betonen, wie sehr ihm an guten Kontakten zu den Industriellen nördlich des Mains gelegen sei, wie Blank an Reusch schrieb. Besonders Paul Reusch machte er Komplimente. Durch „Einblick in die frühere Korrespondenz“ habe er feststellen können, wie sehr Reusch sich persönlich bemüht habe, „die frühere Haltung der MNN umzustellen und überhaupt die Dinge in Bayern politisch in Ordnung zu bringen“. Es sei ihm – Hausleiter – unter großen Anstrengungen gelungen, die Einverleibung des Verlags Knorr & Hirth in den NS-Parteiverlag zu verhindern. Da Hitler keine völlige Uniformierung der Presse wolle, würde der „Völkische Beobachter“ künftig auch „seine Werbetätigkeit gegen die MNN [...] einstellen“. Er habe also für die Erhaltung des in den Verlag investierten Vermögens einiges geleistet und verspüre nun das „persönliche Bedürfnis, [Reusch] einmal darzulegen, was er für Verdienste um die Selbständigerhaltung des Verlages Knorr & Hirth habe“. Als der Jüngere sei er bereit, sich ganz auf Reuschs Orts- und Zeitvorschläge einzustellen. Die feinen Herren in Berlin fanden Hausleiter nicht unsympathisch, aber „unsicher in seiner bisherigen Position“, weshalb er versuche, „auf Umwegen an [Reusch] heranzukommen“. Blank warnte vor einer glatten Zurückweisung dieser Avancen: „Immerhin ist zu bedenken, dass Herr H. der SS sowohl wie der Bayerischen Politischen Polizei angehört und vielleicht diesen Fühler sogar im Einverständnis mit seinem Reichsführer, Herrn Himmler,

¹⁶⁴ Vgl. Aretin, Krone und Ketten; Hoser, Münchner Tagespresse, S. 1094; Ulrich Cartarius, Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente. Deutscher Widerstand 1933–1945, Berlin 1994, S. 56 f. u. S. 297.

¹⁶⁵ Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, S. 1095; Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 43.

ausstreckt.“¹⁶⁶ Reusch reagierte trotz dieses Winks nicht auf Hausleiters Annäherungsversuche. Möglicherweise wusste er, wie umstritten dieser innerhalb der NSDAP war.¹⁶⁷

Auf die Besetzung des wichtigen Schriftleiterpostens hatten die Anteilseigner keinen Einfluss mehr. Sie konnten diese Entscheidung nur aus der Ferne verfolgen und gaben bisweilen bitterböse Kommentare dazu ab. So bezeichnete Reusch einen der Aspiranten als „wirtschaftlichen Literatentyp, der mehr Bolschewist als sonst etwas ist“¹⁶⁸. Chefredakteur wurde schließlich im Oktober 1933 Giselher Wirsing, der aus dem jung-konservativen „Tatkreis“ kam und 1936 SS-Hauptsturmführer wurde.¹⁶⁹

Ende 1933 unternahm Reusch nach monatelanger Passivität wieder einen Vorstoß zur Aufhebung der Beschlagnahme des Konzernkapitals. In einem Schreiben an Reichsstatthalter von Epp bat er darum, „die Bayerische Politische Polizei zu veranlassen, uns unser Eigentum zu voller, freier Verfügung wieder zurückzugeben“¹⁷⁰. Ritter von Epp hatte dieses Schreiben selbst angeregt mit der Bemerkung, „wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter“¹⁷¹. Hitler entschied dann bei einem Gespräch mit Epp am 31. Januar 1934 angeblich, dass das beschlagnahmte Kapital freizugeben sei und die Kommissare zurückzuziehen seien. In seinem Winterurlaub in Arosa erreichte Reusch Mitte Februar die Nachricht, dass Himmler – von Epp über die „Führer“-Entscheidung unterrichtet – die Aufhebung der Sperrung der Verlagsanteile zugesichert habe. Die Sache scheiterte aber – nach einem internen Vermerk des bayerischen Innenministerium – an Reuschs Weigerung, sich mit Himmler zu treffen, solange der SS-Führer sich nicht für eine Reusch zugefügte Beleidigung entschuldigt hatte. Allerdings findet sich in Reuschs Korrespondenz kein Beleg für diese Version, dass Reusch ausdrücklich eine Entschuldigung verlangt habe. In einem Schreiben an Epp gab Reusch allerdings in einem achtseitigen Überblick über die Kontakte mit Himmler und der Politischen Polizei zu erkennen, wie sehr er sich von Himmler brüskiert fühlte. Was die Herren Epp und Reusch bei ihrem Treffen am 16. Februar 1934 in Mün-

¹⁶⁶ Blank an Reusch, 20. 10. 1933, Anlage zu Reusch an Haniel, 21. 10. 1933, in: RWWA 130-4001012000/4a.

¹⁶⁷ Vgl. die massiven Zweifel an seiner Qualifikation und seinem Charakter in den Akten des Bayerischen Innenministeriums, vor allem im 4-seitigen Vermerk ohne Überschrift, Vf., Unterschrift und Datum (aufgrund inhaltlicher Kriterien auf Frühjahr 1934 zu datieren), in: BayHStA, II Minn 74119; vgl. auch Epp an Ministerpräsident Siebert, in: Ebenda, StK 6463/9.

¹⁶⁸ Reusch an Haniel, 25. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a; diese Kennzeichnung stammte aus dem Berliner Herrenclub und war wörtlich von Blank an Reusch weitergegeben worden. Vgl. Blank an Reusch, 24. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

¹⁶⁹ Zur Person Wirsing vgl. SS-Personalbericht als Faksimile in: Josef Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1983, S. 22 f.; Frei/Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, S. 173 ff.; Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, S. 234 ff.; Betz, *Tragödie*, in: *Journalismus*, Bd. 2, S. 42; Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 1022.

¹⁷⁰ Reusch an Epp, 20. 12. 1933, in: BayHStA, II Minn 74119.

¹⁷¹ Bei einem Gespräch mit Reusch in Berlin am 11. 12. 1933; vgl. „Betrifft: Knorr & Hirth, Lage Mitte April 1934“ (6 Seiten ohne Vf. und Unterschrift), Blatt I, in: Ebenda.

chen im Einzelnen besprochen, ist unbekannt. Sicher ist nur das Ergebnis: Der Reichsstatthalter reagierte verstimmt und stellte seine Vermittlungsbemühungen zwischen Reusch und Himmler ein¹⁷².

Reusch verlagerte seine Bemühungen jetzt auf eine andere Schiene: Einen Tag nach dem unbefriedigenden Gespräch mit Ritter von Epp bat er Hitlers Wirtschaftsberater Keppler um Vermittlung und schickte ihm eine Aktennotiz über den gesamten Vorgang der Beschlagnahme der Verlagsanteile¹⁷³. Reusch war seit Dezember 1933 intensiv bemüht, gute Kontakte zu Wilhelm Keppler zu knüpfen. In einer Vielzahl von Schreiben empfahl er – Kepplers Autarkie-Pläne aufgreifend – die Ausbeutung der Eisenerzlager auf der Schwäbischen Alb, machte aber gleichzeitig intern gegenüber seinen Mitarbeitern in der GHH keinen Hehl daraus, dass sowohl in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht die Verwendung ausländischer Erze besser sei. Wie bei der Erfindung der Mefo-Wechsel diene sich Reusch somit in einem weiteren zentralen Bereich der Wirtschafts- und Aufrüstungspolitik dem Regime an¹⁷⁴. Für April 1934 arrangierte er für Keppler und Schacht zusammen mit weiteren hochrangigen Persönlichkeiten eine Besichtigung der Erzlager in Gutmadingen¹⁷⁵. In die diesbezügliche Korrespondenz flocht Reusch geschickt die Bitte an Keppler ein, bei Himmler in der Sache Knorr & Hirth zu vermitteln¹⁷⁶. Nach seiner höflichen Anfrage bei Keppler im März, was dessen „liebenswürdige Bemühungen“ gebracht hätten, wurde Reusch zunächst getröstet, ehe er im April zur Kenntnis nehmen musste, dass er von Himmler erneut versetzt worden war¹⁷⁷. Im Verlag Knorr & Hirth in München gab Kommissar Hausleiter seinen Untergebenen am Gründonnerstag triumphierend bekannt, „dass die Versuche des Reusch kläglich gescheitert seien“. Rudolf Hess, Himmler, Philipp Bouhler und Reinhard Heydrich hätten gemeinsam entschieden, „dass Reusch nicht in den Besitz des Hauses komme, vielmehr er, Hausleiter, und Haniel für dauernd als Führer des Hauses eingesetzt seien“¹⁷⁸.

An dieser Stelle sollte man darauf hinweisen, dass Aretin und Cossmann Anfang 1934 noch in Haft waren und Aretin unter menschenunwürdigen Bedingungen im Konzentrationslager Dachau saß. Die von Hausleiter gefeuerten Redakteure und Verlagsmitarbeiter kämpften um ihre Existenz. Dieses Thema spielte jedoch in Reuschs Korrespondenz mit Keppler und Ritter von Epp keine Rolle; es ging ihm allein um die Freigabe des Kapitals der GHH.

¹⁷² Vgl. ebenda, Blatt I–VI; Epp an Reusch, 7. 2. 1934, und Reusch an Epp, 14. und 15. 2. 1934, in: Ebenda.

¹⁷³ Reusch an Keppler, 17. 2. 1934, in: RWWA, 130-400101293/22. Die erwähnten Anlagen nicht in den Akten.

¹⁷⁴ Zur Ausbeutung der schwäbischen Erze vgl. die umfangreiche Korrespondenz Reusch – Kellermann 1933–1934, in: RWWA, 130-4001012003/15.

¹⁷⁵ Zwischen Dezember 1933 und April 1934 25 (!) Schreiben von Reusch an Keppler, in: RWWA 130-400101293/22.

¹⁷⁶ Reusch an Keppler, 17. und 18. 2. 1934, in: Ebenda.

¹⁷⁷ Reusch an Keppler, 15., 19., 23. und 25. 3. sowie 13. 4. 1934, in: Ebenda.

¹⁷⁸ Interne „Vormerkung“ des Innenministeriums vom 13. 4. 1934 (Name des unterzeichnenden Ministerialrates unleserlich), in: BayHStA, II MIIn 74119.

Nachdem auch im Sommer 1934 kein Termin mit Himmler zustande kam, war endgültig klar, dass auch Kepplers Vermittlung als gescheitert angesehen werden musste. Im Dezember 1935 wurde der Verlag Knorr & Hirth für einen Kaufpreis von 3,5 Millionen Mark dem parteieigenen Eher-Verlag einverleibt. Die GHH erhielt entsprechend ihrem Anteil am Gesamtkapital ca. 1,4 Millionen Mark, während sie ursprünglich ca. 5 Millionen investiert hatte¹⁷⁹.

Zusammenfassung

Der 30. Januar 1933 wurde von Paul Reusch nicht als entscheidende Zäsur wahrgenommen. Die Ablösung der Regierung Schleicher nahm er ohne Bedauern zur Kenntnis; er war sogar bereit, Hitler einen Vertrauensvorschuss zu geben, und fuhr zunächst in Winterurlaub – ein Indiz für die geringe Bedeutung, die er dem erneuten Regierungswechsel beimaß. Die Ernüchterung setzte jedoch bereits im März ein, als wirklich entscheidend dürfte er den Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie Anfang April und die Beschlagnahme der Verlagsanteile der GHH empfunden haben. Diese Ereignisse müssen bei Reusch einen Schock ausgelöst haben, der ihn veranlasste, gravierende Veränderungen in seiner Terminplanung vorzunehmen: Die Verhandlungen um die Freigabe der Verlagsanteile, vor allem das in Aussicht genommene Gespräch mit Himmler, waren ihm so wichtig, dass er seine traditionelle Frühjahrskur, jedes Jahr ein Fixpunkt im Terminkalender, absagte¹⁸⁰. Obwohl die Eingriffe in die Besitzrechte der Anteilseigner und die Gleichschaltung der Spitzenverbände einen Kernpunkt des unternehmerischen Credos betrafen, agierte er jedoch auffallend zaghaft. Er konnte sich zu keinem Zeitpunkt zum Protest oder zu offener Kritik durchringen, wie er dies von Haniel verlangte. Es gab durchaus einzelne prominente Großunternehmer, die es wagten, Terror und Gleichschaltung offen zu kritisieren, z. B. Emil Kirdorf anlässlich der schändlichen Ausschaltung Silverbergs als Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer¹⁸¹ oder Carl Bosch von der I. G. Farben mit seiner persönlichen Intervention bei Hitler gegen den Staatsantisemitismus im April 1933¹⁸². Reusch verbündete sich im Frühjahr 1933 jedoch nicht mit solchen Kollegen, die Zivilcourage zeigten, sondern er orientierte sich an den Chefs der großen Konkurrenzfirmen der Schwerindustrie: Fritz Thyssen, der die Nationalsozialisten seit langem unterstützt hatte, ließ seine Kollegen nun spüren, dass er im neuen Regime eine privilegierte Position einnahm. Albert Vögler, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, folgte dieser Linie seines Aufsichts-

¹⁷⁹ Diese Zahlen bei Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 881; vgl. Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 364 u. S. 398; Frei/Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, S. 57; Reusch an Haniel, 11. 9. 1935, in: RWWA, 130-4001012000/4b.

¹⁸⁰ Reusch an Luther, 17. 6. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

¹⁸¹ Vgl. Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP*, S. 194; Henry A. Turner, Jr., Emil Kirdorf und die NSDAP, in: Ders., *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972, S. 78.

¹⁸² Vgl. Emanuel Heisenberg, *Tödliche Synthese*, in: *DIE ZEIT*, 3. 6. 2004.

ratsvorsitzenden. Gustav Krupp exekutierte in enger Abstimmung mit Hitler die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Industrie. Den offenen Konflikt mit den neuen Machthabern wagte keiner der Herren der Schwerindustrie, auch Reusch nicht.

Nachdem er zunächst geneigt war, den in seinem persönlichen Umfeld „erfahrenen Terror als vorübergehende „Begleiterscheinung“ eines im Prinzip „erfreulichen“ politischen Umbruchs zu akzeptieren¹⁸³, zog er sich ab dem Sommer 1933 verärgert, teilweise wohl auch resigniert, auf die Belange seiner Firma zurück. Diesen Rückzug aus der Politik hatte der Fünfundsechzigjährige allerdings schon lange vor 1933 eingeleitet.

Abweichend von der Regel, wonach die große Mehrheit der Unternehmer nach anfänglicher Skepsis relativ schnell auf einen Kurs vorbehaltloser Unterstützung des Regimes einschwenkte¹⁸⁴, schien Reuschs Einstellung sich von anfänglichem, wenn auch verhaltenem „Wohlwollen“ über Ernüchterung und Verärgerung hin zu innerer Ablehnung zu entwickeln. Bei der Lenkung seines Konzerns ließ er sich von derartigen Einstellungen aber nicht beeinflussen. Die Interessen seiner Firma bewegten ihn, ab dem Frühsommer einen Kurs der Anpassung an das neue Regime zu steuern. Dass er dabei fundamentale wirtschaftspolitische Prinzipien über Bord warf, zu denen er sich noch wenige Monate zuvor bekannt hatte, schien ihn wenig anzufechten. Vielleicht wurde ihm diese geistige Kehrtwendung gar nicht bewusst. Es ist fraglich, ob er die Ungeheuerlichkeit der Vorgänge, die seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland abliefen, überhaupt in ihrer ganzen Tragweite erfasste.

Die Hauptfrage ist aber, welche Handlungsspielräume dem Großunternehmer Paul Reusch unter einem Regime blieben, das seine diktatorische Macht in atemberaubendem Tempo konsolidierte. Was das in die Presse investierte Kapital der GHH anging, so ist offenkundig, dass es eine Interessenidentität mit dem Regime nicht gab; es war reines Wunschdenken, als Reusch und Haniel im März 1933 für kurze Zeit erwogen, die Gleichschaltung der MNN für ein radikales personelles Revirement in Verlag und Redaktion zu nutzen, das auch aus der Sicht der Anteilseigner geboten schien. Die Beschlagnahme des Kapitals von Knorr & Hirth und die Ausschaltung der Anteilseigner von jeglicher Kontrolle über den Verlag standen diametral im Gegensatz zu den Kapitalinteressen des Konzerns. Dass Reusch dies hinnahm, mochte mehrere Gründe haben: Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Aufsichtsratsvorsitzenden über den zu steuernden Kurs; die Rücksichtnahme auf die Verhafteten angesichts der Erpressung durch die NS-Machthaber und die Einbeziehung anderer Konzerninteressen, die nicht zwangsläufig deckungsgleich waren mit den Kapitalinteressen im Pressewesen.

Vermutlich war letzteres das ausschlaggebende Motiv: Die von Hitler versprochene Aufrüstung ließ für die Betriebe der Schwerindustrie ebenso wie für die

¹⁸³ Reusch an Luther, 17. 6. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

¹⁸⁴ Vgl. Paul Erker, *Industrieeliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945*, Passau 1993, S. 7.

im Konzern ständig an Bedeutung zunehmende GHH-Tochter MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG) lukrative Aufträge erwarten. Ein Kurs der Verweigerung kam aus der Sicht des Vorstandsvorsitzenden deshalb nicht in Frage. Reusch glaubte, seine Firma in Konkurrenz vor allem zu den Vereinigten Stahlwerken und zu Krupp positionieren zu müssen und suchte deshalb Kontakte zu den neuen Machthabern. Eine Verschärfung des Konflikts über die MNN wäre dafür nur hinderlich gewesen.

Alternativen zum Kurs der Anpassung gab es für Reusch trotzdem. Die Weigerung, persönlich in München in Erscheinung zu treten, erleichterte es „Himmler und seinen Satrapen“, vollendete Tatsachen zu schaffen. Reusch unternahm keinen ernsthaften Versuch, Verbündete im Kreise seiner Unternehmerkollegen zu gewinnen, um wenigstens die ärgsten Zumutungen des NS-Regimes abwehren zu können. Ebenso wenig aktivierte er seine alten Kontakte zu den Kabinettsmitgliedern, die nicht der NSDAP angehörten. Eine Erklärung hierfür, die aber empirisch noch zu belegen wäre, mag sein, dass Reusch sich in dem ab Ende März einsetzenden Wettlauf um die Gunst der NS-Machthaber in seinen Kreisen zunehmend isoliert fühlte. Auch der Verzicht, Gerichte anzurufen, erleichterte Himmler und Heydrich das Geschäft. Die Tatsache, dass sie vor dem Reichsgericht mit ihren Strafanträgen scheiterten, zeigt, dass zumindest in der Anfangsphase der Wille der Partei nicht automatisch exekutiert wurde. Großunternehmer wie Reusch wurden von den NS-Machthabern umworben, aber es ist nicht erkennbar, wo Reusch die daraus erwachsenen Einflussmöglichkeiten wirklich entschlossen genutzt hätte. Bei den NS-Machthabern musste diese Zurückhaltung den Eindruck verstärken, dass sie von den vermeintlich mächtigen „Ruhr-Baronen“ keine Schwierigkeiten zu erwarten hatten.

Wie reagierte der vom Regime umworbene Großunternehmer und Großbürger Paul Reusch auf den Terror des Regimes? Was tat er für die Verfolgten aus seinem persönlichen Umfeld? Reusch wusste, dass die Verhaftungen willkürlich waren und jeder Rechtsgrundlage entbehrten. Da er über die in der Haft ruinierte Gesundheit von Verlagsdirektor Betz schrieb, so ist anzunehmen, dass er über die Zustände in den Haftanstalten und im KZ Dachau, wo Aretin einige Wochen hatte zubringen müssen, Bescheid wusste. Er nahm zweifellos Anteil am Schicksal der Opfer des NS-Terrors, er forderte Andere, vor allem Haniel, von Zeit zu Zeit auf, zu ihren Gunsten bei den NS-Behörden zu intervenieren. Aber er selbst wurde nur im Interesse des Freiherrn von Gebtsattel aktiv. Anders als sein Duz-Freund Bosch in Stuttgart half er keinem der frühen Verfolgten des NS-Regimes beim Aufbau einer neuen Existenz. In einzelnen Fällen erschreckt sogar die Unehrllichkeit im Umgang mit den Verfolgten und der Stil, in dem er seinen früheren Vertrauenspersonen eine Abfuhr erteilte.

Es kann Reusch nicht entgangen sein, dass den jüdischen Mitarbeitern im Verlag, an der Spitze Paul Cossmann, besonders übel mitgespielt wurde. Als ihm frühzeitig mitgeteilt wurde, dass die Kündigungswelle systematisch alle „semitischen“ Angehörigen des Verlages erfasste, kommentierte er dies nicht. Als Verlagsdirektor Betz die aktuellen Probleme seinem Vorgänger Pflaum anlastete, der als Jude 1930 Zielscheibe übler antisemitischer Hetze geworden war, widersprach

240 Aufsätze

keiner der Kapitalvertreter¹⁸⁵. Über irgendwelche Kontakte Reuschs zu Cossmann oder Hilfe bei der Existenzsicherung nach der Haft ist nichts bekannt. Auch in diesem Fall drängt sich der Schluss auf, dass Reusch trotz seiner Kenntnis der ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen die Augen vor der kriminellen Energie der Nationalsozialisten verschloss.

¹⁸⁵ Gebtsattel an Reusch, 21. und 27. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3; vgl. auch Koszyk, Deutsche Presse, S. 188 f.